Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353. Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 14. April 1926 — Nummer 86

Rußland und Völkerbund

Gegen die Heuchelei der Imperialisten — Eine Note Tschitscherins

Berlin, 14. April. (Eigener Drahtbericht.)

Tschitscherin hat an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Note gerichtet des Inhalts, daß die Sowjetregierung es ablehnen muß, an der Abrüstungskonferenz in Genf teilzunehmen. Tschitscherin verweist auf die bekannte Haltung der Schweizer Bundesregierung, die zwar versichert, daß die russischen Delegierten dieselben Rechte und Privilegien genießen werden, wie die anderen Delegierten, es aber nicht für nötig gefunden hat, den Mord an Worowski ausreichend zu sühnen. Die Versprechungen, die von der Schweizer Bundesregierung der russischen Delegation gemacht worden, sind auch 1922 zugestanden worden und im übrigen eine Selbstverständlichkeit. Tschitscherin erklärt dann, daß die Wahl Genfs als Tagungsort vermuten lasse, daß der Völkerbundsrat von Anfang an sich bewußt das Ziel gestellt habe, die Beteiligung der Sowjetunion an der Abrüstungskonferenz zu verhindern, da schon seit langem bekannt sei, daß die Sowjetregierung an keiner Konferenz teilnehmen werde, die auf Schweizer Boden liegt. Tschitscherin schreibt dann: „In der Voraussetzung, daß die Nichtbeteiligung der UdSSR. an der Abrüstungskonferenz, die endgültig durch die Tatsache ihrer Abwesenheit an der Vorbereitungskommission gegeben wird, einen Vorwand für andere Staaten, nach den früheren Deklarationen dieser Staaten zu urteilen, bilden kann, um das Werk der allgemeinen Abrüstung oder der Rüstungsverminderung zu sabotieren, könnte man zu der Schlußfolgerung kommen,

daß der Völkerbund oder die, die ihn leiten, letztenfalls daran interessiert sind, daß die Konferenz zu positiven Ergebnissen kommt.

Mit anderen Worten, um den berechtigten Ausdruck einer führenden Persönlichkeit der europäischen Diplomatie zu gebrauchen: „Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird in Genf zusammentreten, wenn sie überhaupt jemals zusammentreten wird, um Vorschläge zu untersuchen, über die eine Verständigung weder erwünscht noch vorgesehen ist, und die mit dem entschlossenen Ziel formuliert sein werden, den Mißerfolg des Unternehmens zu sichern." (Tschitscherin meint damit den Bericht des amerikanischen Botschafters Houghton in London, d. Red.) Eines der Mittel, die gebraucht werden, um diesen Mißerfolg zu garantieren, ist eben der tatsächliche Ausschluß der UdSSR. von der Konferenz, die als erste während der Genua-Konferenz 1922 die Frage der allgemeinen Abrüstung in ihrem ganzen Umfang gestellt hat, die zur Untersuchung derselben Frage eine Konferenz der Randstaaten zusammenberufen hat, wo sie konkrete und vollständig zu verwirklichende Vorschläge machte, und die dann spontan ihren Widerstand bis zur niedrigstmöglichen Zahl reduziert hat, die für die UdSSR. angesichts der Weigerung der anderen Staaten ihre Rüstungen zu beschränken, annehmbar war ...

Die Sowjetregierung wird mit dem größten Interesse und in der Absicht dazu in breitestem Maße beizutragen, den Tag erwarten, an dem eine Initiative von einer für diesen Zweck speziell gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intrigen von Genf fremd ist und die bessere Garantien des Erfolges wird bieten können als der Völkerbund.

Ich erlaube mir zum Schluß die Hoffnung auszudrücken, daß der Völkerbund sich in Zukunft bemühen wird, die Sowjetregierung zu Konferenzen nur in den Fällen einzuladen, wo die Leiter des Völkerbundes auch tatsächlich wünschen, daß sie sich daran beteiligt."

„Vorwärts"-Hetze gegen Sowjetrußland

Der „Vorwärts" übertrifft in einem Artikel „Russische Kompromisse" heute morgen mit seinem antibolschewistischen Kommentar alle kapitalistischen Blätter. Er schreibt u. a.:

„Die Note Tschitscherins wiederholt lediglich die Gedankengänge seiner Ostermontagrede vor der ausländischen Presse Moskaus. Es ist indessen eigenartig, daß der Ton dieser offiziellen Note womöglich noch aggressiver, ja beleidigender ist als seine mündlichen Ausführungen vor den ausländischen Journalisten. Wenn man ein diplomatisches Dokument mit solchen Ausdrücken kaltblütig verfaßt, so ist die Absicht der Beleidigung und Provokation unverkennbar." Der „Vorwärts" verhöhnt dann die Ablehnung der Sowjetregierung, in der Schweiz an einer solchen Konferenz teilzunehmen, und reiht eine Anzahl Schimpfereien an.

Die Sozialdemokraten stützen eben die bürgerlichen Parteien mit allen Mitteln. Obgleich nach der Haltung Amerikas, nach dem Ausgang der Konferenz in Genf die betrügerische und heuchlerische Absicht ganz klar ist, hetzt das Zentralorgan der Sozialdemokraten nur gegen Rußland.

Schweizer Hetze gegen Rußland

Zu der Note Tschitscherins an den Völkerbund schreibt die „Berner Nationalzeitung":

„Der Streit mit der Schweiz bildet für Sowjetrußland nur den bequemen Vorwand, seine Rüstungen nicht von einem internationalen Gerichtshof untersuchen zu lassen und um sich jeder Kontrolle seiner inneren Verhältnisse zu entziehen. Daß Tschitscherin die erneute Zusicherung der Schweiz für die Sicherheit der Sowjetdelegierten nicht berücksichtigt, ist ein Beweis für seine zweideutige Haltung. Die Abrüstungskonferenz selbst wird durch den russischen Widerstand um einen großen Teil ihrer Bedeutung gebracht. Durch die Haltung der Sowjetregierung wird das Mißtrauen gegen Rußland nicht verringert, sondern wesentlich verstärkt."

Die Darstellung der Schweizer Zeitung ersteigt den Gipfel der Verlogenheit. Auf der ganzen Welt ist bekannt, daß Sowjetrußland den relativ geringsten Truppenkontingent besitzt. Die Sicherungen, die die Schweiz für den Vertreter Rußlands verspricht, waren auch für Worowski versprochen. Der Mörder Worowskis wurde aber freigesprochen. Kein Staat würde sich eine derart unverschämte Brüskierung gefallen lassen. Das Nachgeben durch Sowjetrußland würde bedeuten, daß die Union ihre eigenen Vertreter für vogelfrei erklären würde.

Rußland gegen die französische Hetze

Moskau, 13. April. (Telunion.) Die Sowjetregierung hat ihren Pariser Gesandten Rakowski beauftragt, beim französischen Außenministerium gegen die Tätigkeit Paul Boncours in Polen, besonders gegen dessen Warschauer Rede, zu protestieren.

Die „Vossische Zeitung" zur Note Tschitscherins

Während der „Vorwärts" nur eine wüste Hetze gegen Sowjetrußland entfacht, nimmt die „Vossische Zeitung" eine andere Haltung ein. Sie anerkennt wenigstens teilweise die Berechtigung der Antwortnote und findet sie absolut nicht beleidigend. Sie schreibt:

„Man hat es in Genf dem Außenkommissar der Sowjetunion sehr leicht gemacht, eine Antwort zu finden, die an höflichem Sarkasmus kaum übertroffen werden kann. Hier spricht der Vertreter eines großen Staates, dessen Struktur im bewußten Gegensatz zu der staatlichen Grundlage derjenigen europäischen und außereuropäischen Staaten steht, die als Vertreter des demokratischen Prinzips in ihren eigenen Ländern dieses Prinzip im Völkerbund anerkannt und angewendet sehen wollen. Und was er ausspricht, wird gerade in diesen Ländern deshalb mit Bedauern gehört werden, weil der Schein der Berechtigung seines Standpunktes kaum abzuleugnen ist.

Gerade die tätigsten Vorkämpfer für den echten Völkerbundgedanken, die Völkerbundligen in allen Ländern, haben durch Resolutionen in den letzten Tagen ihr Bedauern und ihre Enttäuschung über die Vorkommnisse auf der letzten Genfer Tagung ausgedrückt, kaum weniger scharf, als es Tschitscherin getan.

Auch der Skepsis gegenüber der Aufrichtigkeit des Abrüstungswillens wird man sich im nicht-sowjetistischen Europa nicht ganz entziehen können."

Den Rekord in Rußlandhetze halten eben immer die Sozialdemokraten.

Deutschland und Völkerbund

Berlin, 14. April. Das Reichskabinett hat, wie der „Tag" erfährt, am Montag auch die Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen der Studienkommission des Völkerbundsrates behandelt und den Wortlaut einer Note festgelegt, die wahrscheinlich sich am Donnerstag in Genf durch den deutschen Generalkonsul an Dr. Stresemann wird überreicht werden. Der Wortlaut der Note sei dem Reichsaußenminister nach Locarno übersandt worden, der sie unterzeichnen und dann nach Genf weiterleiten werde. Die deutsche Regierung teile in der Note mit, daß ein Vertreter Deutschlands an den Verhandlungen der Kommission teilnehmen werde. Hinzugefügt sei, daß die deutsche Regierung die Aufgabe der Kommission nur in einem Studium der Frage einer Erweiterung des Völkerbundsrates, der Wahlmethoden, und des Mitmachens des Wechsels der nichtständigen Mitglieder sehe. Außerdem sei in der Note betont, daß für die deutsche Regierung dabei der Grundsatz der Universalität des Völkerbundes maßgebend sein werde. Die Personenfrage bei der Besetzung der Studienkommission sei vorläufig noch nicht entschieden. — Von den Morgenblättern werden Ministerialdirektor Gauß oder Herr von Bülow als Vertreter Deutschlands genannt.

Gewerkschaftssolidarität

Die Internationale Transportarbeitergewerkschaft sagt den britischen Bergarbeitern ihre Unterstützung zu

London, 14. April. (Telunion.) Der Sekretär der englischen Arbeitergewerkschaften Cook teilte heute mit, daß die Bergarbeiterexekutive einen Brief von der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft erhalten habe, in dem alles mögliche zu tun versprochen wird, um die britischen Bergarbeiter im Falle eines offenen Konfliktes zu unterstützen.

Kampf dem Mietwucher

Ein Gesetzentwurf gegen Mietwucher und Wohnungsnot.

Von Emil Höllein, M. d. R.

Ein „Gesetzentwurf zur Verhinderung des Mietwuchers und zur Beseitigung der Wohnungsnot" war am 31. Januar 1926 in einer im Reichstag zusammengetretenen Reichskonferenz, an der Vertreter einer größeren Anzahl von an den Wohnungs- und Mieterfragen interessierten Organisationen und Verbänden teilnahmen, Gegenstand einer eingehenden sachlichen Besprechung. In dieser Reichskonferenz fanden die Grundgedanken und Grundziele dieses Gesetzentwurfes, vorbehaltlich ihrer endgültigen späteren Formulierung, allseitige Zustimmung. Gleichzeitig wurde aus Vertretern aller an der Beratung beteiligten Organisationen ein Reichsausschuß eingesetzt, der die technische Vervollkommnung des Gesetzentwurfes vornehmen und die Verbreiterung der Aktionsbasis zu seiner Durchsetzung auf dem Wege des Volksentscheids herbeiführen soll. Der Gesetzentwurf verfolgt zwei Hauptziele:

1. die Verhinderung des Mietwuchers durch die zwingende Vorschrift, daß für die nächsten fünfzehn vollen Kalenderjahre die Mieten sowohl für Wohnhäuser als für gewerblich benutzte Räume 85 Prozent vom Hundert der Friedensmiete nicht übersteigen dürfen;

2. die Beseitigung der Wohnungsnot, die erreicht werden soll durch die bei völliger aufwertungsrechtlicher Gleichstellung des Eigentümerkapitals mit dem Hypothekenkapital zwangsläufig zuwachsenden Milliardeninflationsgewinne für die Zwecke des Wohnungsbaues durch Eintragung einer Reichssicherheitshypothek auf alle bebauten Grundstücke über eine bestimmte Wertgrenze hinaus.

Wie stellen sich nun die Zahlungsgrundlagen dieser zwei Hauptziele?

1.

Die Friedensmiete aller bebauten Grundstücke betrug 1914 insgesamt 5000 Millionen Mark. Davon mußten mindestens 78 Prozent gleich 3900 Millionen Mark für Verzinsung des Eigentümer- und Hypothekenkapitals verwandt werden. Es blieben somit rund 22 Prozent gleich 1100 Millionen Mark zur Bestreitung der Kosten für die Instandhaltung, den Betrieb und die Verwaltung der Grundstücke. Nach amtlichen Berechnungen, die für den Hausbesitz überaus wohlwollend sind, wurden diese 22 Prozent der Friedensmiete im einzelnen verwendet:

für Instandsetzung	8,9 Proz.
für Instandsetzung	10,5 Proz.
für Verwaltung	2,5 Proz.

Nach dem Gesetzentwurf soll, wie bereits erwähnt, die Miete allgemein 85 Prozent der Friedensmiete betragen. Das würde für den gesamten Vorkriegsgrundbesitz eine Jahresmiete von rund 4250 Millionen Mark ausmachen.

Davon müßten zunächst nach § 2 des Gesetzentwurfs 20 Prozent gleich 17 Prozent der Friedensmiete oder 850 Millionen unter Kontrolle und Mitbestimmung der Mietervertretungen für die Instandsetzung der Wohnungen und Hausgrundstücke Verwendung finden. Da diese Bestimmungen der Mietbegrenzung auf 85 Prozent und der Abzweigung von 20 Prozent der Mietseinnahmen für Instandsetzungszwecke auch für alle Wohnungen und Grundstücke gelten sollen, die seit dem 1. Juli 1918 neuerstellt worden sind, würde sich dieser Betrag von 850 Millionen Mark bei Inkrafttreten des Gesetzes von vornherein um weitere 40 bis 45 Millionen Mark erhöhen. Es würden somit schon im ersten Jahr der Geltungsdauer des Gesetzes rund 890 bis 895 Millionen Mark für die Instandhaltung der Grundstücke und Wohnungen ausgegeben werden müssen.

Für die Verzinsung des auf 25 vom Hundert des Vorkriegswertes abgewerteten Eigentümer- und Hypothekenkapitals und der auf alle bebauten Grundstücke einzutragenden Reichssicherheitshypotheken, die sämtlich gleichmäßig mit 5 Prozent verzinst werden sollen, wären für den gesamten Grundstücksbesitz, der 1914 vorhanden war, insgesamt 50 Prozent der Friedensmiete gleich 900 Millionen Mark frei für die Bestreitung der Betriebs- und Verwaltungskosten, die, wie wir gesehen haben, nach einer überaus wohlwollenden amtlichen Berechnung 1914 im Höchstfalle 14 Prozent der Miete betragen haben.

Daraus ergibt sich, daß die auf 85 Prozent der Friedensmiete festgesetzte gesetzliche Miete vollkommen ausreichen würde, um

1. die sofortige 5prozentige Verzinsung des abgewerteten Eigentümerkapitals (für 1926 und 1927 nach dem Aufwertungsgesetz nur 2 Prozent gezahlt werden) und der Reichssicherheitshypotheken sicherzustellen;

2. die rasche, gründliche und dauernde Instandhaltung aller Grundstücke und Wohnungen unter allen Umständen zu gewährleisten;

3. die mit dem Grundstücksbesitz verbundenen Betriebs- und Verwaltungskosten (Haussteuern, öffentliche Abgaben, Verwaltungsgebühren, Verwaltungskosten und ähnliche Unkosten, vgl. § 4 des Reichsmietengesetzes) vollauf zu decken, was insbesondere auch bedeuten würde, daß der Grundbesitz mindestens dieselben Realsteuerkosten wie im Jahre 1914 tragen könnte.

2.

Was nun die Finanzierung des Wohnungsneubaues anbelangt, durch den allein die herrschende unerträgliche Wohnungsnot wirksam bekämpft und schließlich beseitigt werden kann, so stellt sich die Zahlungsgrundlage des Gesetzentwurfs wie folgt:

Der Vorkriegswert aller bebauten städtischen Grundstücke wird auf mindestens 80 Milliarden Mark geschätzt. Andere

Schätzungen sprechen von 100, ja sogar von 120 Milliarden Mark. Wir gehen mit Absicht von der niedrigsten Schätzung aus, um ganz sicher zu gehen.

Das Hypothekenkapital, das 1914 auf diesem Gesamtgrundbesitz ruhte, bezifferte sich auf rund 70 Milliarden Mark. Es ist durch das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 auf 25 Proz. gleich 17,5 Milliarden Mark abgewertet. Der Gesetzentwurf fordert aus Gründen der Gerechtigkeit und der Billigkeit, daß das Eigentümerkapital aufwertungsrechtlich genau so behandelt werden soll, wie das Hypothekenkapital. Die 10 Milliarden Eigentümerkapital von 1914 würden sich somit auf 2,5 Milliarden Mark reduzieren.

Nach Durchführung der aufwertungsrechtlichen Gleichstellung von Hypotheken und Eigentümerkapital würde sich der Gesamtwert des Vorkriegsgrundstücksbesitzes auf 20 Milliarden Mark beziffern. Der Zeitwert dieses Grundstücksbesitzes ist jedoch bei weitem höher. Der Gesetzentwurf setzt ihn auf 5/8, gleich 62,5 Prozent seines Friedenswertes fest. Das sind rund 50 Milliarden Mark. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem auf 20 Milliarden Mark abgewerteten Hypotheken- und Eigentümerkapital und dem auf 50 Milliarden Mark festgesetzten Zeitwert der bebauten Grundstücke der Vorkriegszeit beträgt somit 30 Milliarden Mark. In dieser Höhe soll unter Einhaltung einer bestimmten Freigrenze und gewisser Uebergangssätze auf die bebauten Grundstücke eine Sicherheitshypothek zugunsten des Reichs eingetragen werden. Sie würde somit im allgemeinen auf das einzelne Grundstück 3/8, gleich 37,5 Prozent der Vorkriegszeit betragen.

Der Zinsertrag dieser Reichssicherheitshypothek, die, wie wir bereits gesehen haben, genau so wie das Eigentümer- und Hypothekenkapital ebenfalls mit 5 Prozent verzinst werden soll, würde somit betragen:

5 Prozent von 30 Milliarden Reichssicherheitshypothek gleich
1500 Millionen Mark.

Die Verwendung dieser 1500 Millionen Mark soll nach dem Entwurf wie folgt erfolgen:

Zwei Zehntel gleich 300 Millionen Mark für den Unterhaltsfonds für verarmte Inflationsopfer.

Ein Zehntel gleich 1050 Millionen Mark für den Mietbeihilfsfonds für zahlungsunfähige und zahlungsschwache Mieter.

Sieben Zehntel gleich 1050 Millionen Mark für den Reichswohnungsbaufonds.

Der Betrag für den Wohnungsbaufonds würde sich jedoch noch erhöhen um den Betrag, der sich ergibt durch Einbeziehung aller Wohnungen und Grundstücke, die seit dem 1. Juli 1918 in irgendeiner Form unter Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln erstellt worden sind (§ 8). Wir schätzen diesen Betrag auf rund 100 Millionen Mark.

Bei Zugrundelegung dieser Zahlen und Annahme des von der Reichsregierung berechneten durchschnittlichen Herstellungspreises für eine Wohnung von 10 000 Mark würde nach Ablauf von 15 vollen Kalenderjahren der am 1. Januar 1926 vorhandene Wohnungsfehlbetrag von 950 000 und der jedes Jahr neueintretende Wohnungsbedarf von 150 000 vollkommen gedeckt, ja sogar noch um rund 142 500 überschritten sein, ohne daß die Mieten über 85 Prozent der Friedensmiete hinaus erhöht und den Mietern oder der Allgemeinheit irgendwelche anderen neuen Steuerlasten für den Wohnungsneubau aufgebürdet zu werden brauchen.

Die gegebenen Zahlengrundlagen beweisen schlagend die praktische Durchführbarkeit der Ziele des Gesetzentwurfs. Was aber möglich und durchführbar ist, muß von der deutschen Mieterschaft, die 85 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmacht, erzwungen werden.

In den letzten Wochen hat sich ein Reichsausschuß (die Anschrift an den Reichsausschuß lautet: „Reichsausschuß zur Vorbereitung eines Volksentscheids zur Verhinderung des Mietwuchers und zur Beseitigung der Wohnungsnot", Obmann: Emil Höllein, M. d. R., Berlin, Reichstag) aus allen Interessenvertretern der Mieter konstituiert, der gern weitere Auskunft über den Gesetzentwurf gibt und alle Vorbereitungen trifft, diesen Gesetzentwurf durch Volksentscheid zur Durchführung zu bringen.

Berichtigung. In unserem gestrigen Leitartikel hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Im zweiten Absatz heißt es: Die Macht der herrschenden Klasse beruht nicht auf politischen Machtverhältnissen, sondern auf dem Besitz der Produktionsmittel. Es muß heißen: ... beruht nicht auf politischen Wahlverhältnissen, sondern ...

Das Fürstenkompromiß soll durchgepeitscht werden

Berlin, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anregung des Reichsinnenministers Külz fanden gestern im Reichstag Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Wirtschaftlichen Vereinigung statt. Das berüchtigte Fürstenkompromiß der Regierungsparteien sollte so abgeändert werden, daß auch die Wirtschaftspartei diesem Kompromiß zustimmen könnte. Die Wirtschaftliche Vereinigung soll sich bereits grundsätzlich mit den Regierungsparteien geeinigt haben. Man gedenkt, bis zum nächsten Freitag den Gesetzentwurf fertig zu haben, damit sich an diesem Tage bereits das Reichskabinett mit ihm beschäftigen kann. Dann soll schon in den ersten Tagen nach Zusammentritt des Reichstags das Kompromiß durchgepeitscht werden. Den Verhandlungen wohnte auch Reichsjustizminister Marx bei, der dazu gehört wurde, ob das Regierungskompromiß als verfassungsändernden Gesetz zu betrachten sei oder nicht. Ueber die Stellungnahme von Marx, sowie überhaupt über die Verhandlungen und die Abänderung des Gesetzentwurfs wird von den beteiligten Parteivertretern strenges Stillschweigen bewahrt. Die werktätige Bevölkerung soll überrumpelt werden.

Das Doppelspiel des Parteivorstandes

Ausschluß aller Rechten

Am Sonntag fand in Leipzig eine Konferenz des Bezirks Leipzig der SPD. statt. Lipinski sprach über die politische Lage. Trotz des Zusammenbruchs der Politik in Genf brachte er es fertig, zu behaupten, daß die sozialdemokratische Außenpolitik sich als richtig erwiesen habe. Man kann über diesen verzweifelten Versuch, eine Bankrottpolitik zu decken, ohne Kommentar hinweggehen. Zur Sachsenpolitik erklärte Lipinski, daß sie erst jetzt erfahren haben, daß der Parteivorstand die 23 veranlaßt habe, in die Koalition einzutreten. (Wir haben das schon seit beinahe einem Jahre den SPD.-Leuten gesagt und durch Erklärungen der Rechten erfahren. Lipinski ist ein ahnungsloser Engel.)

Lipinski erklärte dann, der Parteivorstand habe ein Doppelspiel getrieben und sei verantwortlich für den Sachsenstreit. Man habe gegen die Disziplinbrecher organisatorische Maßnahmen ergriffen, könne aber von einer endgültigen Bereinigung des Sachsenstreits nicht sprechen, solange die Gewerkschaften die 23 schützen.

In der Diskussion erklärte Liebmann, dem Referat Lipinskis fehle eine politische Linie, die der gesamten SPD. fehle. Herre wendet sich gegen den Heimatdienst. G. A. Müller verlangt scharfes Vorgehen gegen die 23. Saupe verteidigt die Lutherpolitik. Gegen die Zeitschrift „Volk und Zeit" wird wegen ihres blöden Inhalts eine Entschließung angenommen.

Die gesamte Konferenz zeigte die Zerfahrenheit im Lager der Sozialdemokraten.

Wie die „Volkszeitung" mitteilt, hat der Bezirksvorstand Ostsachsen die Abgeordneten Bethke, Buttner, Castan, Göldner, Günther, Kühn, Heldt, Müller Hermann, Scheibner, Söffel, Winkler, Wirth und Langhorst aus der SPD. ausgeschlossen.

Der Bezirksvorstand Chemnitz hat die Abgeordneten Drescher, Franz, Kühler, Max Müller, Helene Wagner, die Ortsgruppe Plauen die beiden Abgeordneten Schuirch und Schurich ausgeschlossen.

Den schwankenden Fellisch hat man nicht mit herausgenommen.

Die sächsischen Gewerkschaftsführer decken die 23

Wie die „Neue Leipziger Zeitung" berichtet, hat der Gewerkschaftsausschuß der sächsischen Landesorganisation der Gewerkschaften sich mit dem Parteikonflikt innerhalb der sächsischen SPD. beschäftigt, insbesondere mit dem Beschluß der Landesinstanzen, wonach die 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit nicht mehr als Vertreter der Partei anzusehen sind und die offizielle Vertretung der Partei im Landtag auf die Fraktionsminderheit übergehen soll.

Demgegenüber steht der Gewerkschaftsausschuß auf dem **Standpunkt, daß die sozialdemokratische Fraktionsminderheit keinesfalls als die alleinige Vertretung der sächsischen Arbeiterschaft angesehen werden kann.** Der Landesausschuß der sächsischen Gewerkschaften hat beschlossen, beim Bundesvorstand der **freien Gewerkschaften dahin vorstellig zu werden, daß vom Bundesvorstand ein entsprechender Schritt beim Parteivorstand der SPD. zur Verhinderung einer derartigen Erklärung der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit im Landtag folgt.**

Dieser neue Beschluß des Landesausschusses der Gewerkschaften bedeutet einen erneuten Schlag gegen die Linken und zeigt, daß die Gewerkschaftsführer gewillt sind, den Kampf der 23 in jeder Form zu unterstützen und die Verräter an den elementarsten Interessen auch weiterhin als die offizielle Vertretung der Gewerkschaft zu betrachten. Dieser neuerliche Beschluß der sächsischen Landesinstanzen der Gewerkschaften muß die gesamte freigewerkschaftliche Arbeiterschaft auf den Plan rufen. Die Arbeiter müssen in allen Gewerkschafts- und Kartellversammlungen zu dieser frechen Provokation der rechten Gewerkschaftsführer Stellung nehmen. Die Offensive der Rechten muß mit dem kräftigsten Gegenschlag der gesamten Arbeiterschaft beantwortet werden. Die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, müssen von den Hausknechten der Reaktion und den Agenten der Bourgeoisie gesäubert werden.

Erwerbslosendemonstration in Dresden

Gestern nachmittag fand eine Kundgebung der Dresdner Arbeiterschaft für die Forderungen der Erwerbslosen statt, an die sich ein wuchtiger Demonstrationszug anschloß. Zu dem gerade tagenden Stadtrat wurde eine Delegation entsandt, die versuchte, mit dem Oberbürgermeister und den betreffenden Dezernenten und Stadträten über ihre Anträge zu verhandeln.

Die Herrschaften lehnten es ab, die Erwerbslosen zu empfangen. Nur der kommunistische Genosse Stadtrat Schneider teilte den Erwerbslosen-Delegationen mit, daß in der Ratssitzung der Beschluß gefaßt worden sei, eine Delegation, bestehend aus Oberbürgermeister Blüher, Stadtrat Grafe (SPD.) und Stadtrat Schneider (KPD.), in den kommenden Tagen nach dem sächsischen Arbeits- und Finanzministerium zu schicken. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Die Dresdner Freidenker gegen die sozialdemokratischen Pfaffenknechte

In einer überfüllten Versammlung in Dresden, die von der Gemeinschaft proletarischer Freidenker einberufen war, sprach der Vorsitzende der Internationale proletarischer Freidenker über „Kirche, Schule und Kultur". Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 12. April in den „Blumensälen" von der Gemeinschaft proletarischer Freidenker einberufene öffentliche Versammlung **spricht der Regierung, sowie den Landtagsabgeordneten, welche durch ihr Verhalten im Landtag ermöglicht haben, daß an sächsischen Strafanstalten wieder Geistliche angestellt werden, ihre schärfste Mißbilligung aus, und wird dahin wirken, daß bei der in Bälde stattfindenden Neuwahl der Abgeordneten zum Landtag keiner Liste zugestimmt wird, welche Namen der betreffenden Abgeordneten enthält."**

Geschlossene Front am 1. Mai

Von Coßmannsdorf/Hainsberg wird uns gemeldet, daß auch in diesen Orten eine gemeinsame Kundgebung der Arbeiterorganisationen durchgeführt wird. Sportkartell, KPD. und SPD. sind die Veranstalter. Die Kundgebung besteht aus Demonstration und Saalveranstaltung.

In Bertsdorf bei Zittau fand am 9. April eine Zusammenkunft der Delegierten der SPD., KPD., RFB. und des Arbeitersportkartells statt, in der eine Verständigung über eine gemeinsame Maifeier in diesem Jahre erzielt wird. Am 1. Mai sollen die Arbeiter zu einer gemeinsamen und wuchtigen Kundgebung aufgerufen werden.

Gegen die Sabotage des Volksentscheids

An die Ortsgruppen der KPD.!

Die Reichsregierung will den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten verschleppen. Verhindert diese Sabotageabsichten! Ruft die Massen zur Kundgebung auf gegen die Luther- und Hindenburg-Regierung für sofortigen Volksentscheid.

Bezirksleitung Ostsachsen.

Reichstagsabg. Siegfr. Rädel spricht
Freitag, 16. April abds. 7^{30} in den Annensälen
gegen Mietwucher u. Steuerraub
gegen die Reaktion in Sachsen
Genossen, Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch!

Die Körperkultur in der Ukraine

G. Briwis.

Die proletarische Körperkultur begann sich in der Ukraine erst 1920 zu entwickeln, als die Sowjetmacht in der Ukraine endgültig gefestigt war. Hier hatten die Arbeiterzirkel, die von dem UKSJB. organisiert waren, einen harten Kampf gegen die bürgerlichen national-chauvinistischen Organisationen zu bestehen, die Teile der Arbeiterschaft umfaßten und Klubs, Sportplätze und Sportinventar in ihren Händen hatten. Das damals organisierte Gouvernements-Bureau des „Spartakus" führte einen entschiedenen Kampf gegen die national-chauvinistischen Organisationen, wie Makabi, Scout, Sokol, Junak u. a. Nach Auflösung dieser Organisationen mußte noch ein Kampf gegen die kleinen Einzelsportorganisationen, welche, getrennt von der allgemeinen politischen und kulturellen Arbeit, individuell für Sportleistungen und Rekorde propagandistisch wirkten, geführt werden. Ein Teil der zerstörten national-chauvinistischen Organisationen bestand mit Hilfe der politischen Oldbourgeoisie weiter und störte auf jede Art und Weise den Fortschritt der in Entwicklung begriffenen proletarischen Sportorganisationen, ungeachtet dessen aber wuchsen die Arbeitersport- und Gymnastikorganisationen in unaufhaltsamem Tempo und vernichteten die Ueberreste der nationalen Sportorganisationen. Aber diese hinterließen uns ein schweres Erbe — das Erstreben von Rekorden, das Championwesen, die nationale Einstellung, den Patriotismus, die uns erst im Jahre 1923 zu überwinden gelangen. In dieser Hinsicht leistete der „Spartakus" eine ungeheure Arbeit und machte die Körperkultur breiten Schichten von Werktätigen zugänglich, indem er folgendes zur Grundlage nahm: kollektive Methoden und allseitige Entwicklung der Arbeiter und Bauern, die sich mit Körperkultur beschäftigten. Im Jahre 1924 hat die zweite Allukrainische Spartakiade stattgefunden, wo die Ergebnisse der verflossenen Arbeitsperiode der kollektiven Arbeit in den verschiedenen Sportarten (Massenwettkämpfe usw.) demonstriert wurden. An der Spartakiade nahmen Vertreter von 700 Zirkeln teil, die 35 000 Mitglieder zählten. 300 Teilnehmer demonstrierten kollektive Errungenschaften, wobei ein Kollektiv jedes Zirkels aus 10 Männern und 5 Frauen bestand. Den ersten Platz der Ukraine in Leichtathletik errang Charkow, den zweiten Tschernigow, im Radfahren den ersten Platz — Charkow, den zweiten Schitomir, im „Gorodki"-Spiel — Charkow den ersten Platz, Tschernigow den zweiten. Den ersten Platz im Fußball — Charkow 1:0, den zweiten Odessa. Nach der sozialen Zusammensetzung nahmen teil: Arbeiter — 72 Proz., Angestellte und Studierende — 18 Prozent, Rotarmisten 10 Prozent.

Außerdem nahm die Ukraine an dem Bundesfeiertag für Körperkultur teil, wo sie den endgültigen Sieg im Fußball, den zweiten Platz in Leichtathletik und den dritten im Schwimmen errang.

Nachdem in der Ukraine Sowjets für Körperkultur gebildet waren, vereinigte sich der „Spartakus" mit diesen, und gegenwärtig sind diese überall in der Ukraine organisiert. Jetzt besitzen wir in der Ukraine 965 Zirkel, die 700 000 Proletarier ausbilden, wovon 27 Prozent Frauen sind. In den berufstechnischen Betriebsschulen und den allgemeinen Schulen befassen sich 161 000 mit Körperkultur. Im ganzen sind in der Ukraine 251 000 Sporttreibende, davon 51 Prozent Arbeiter, 17 Prozent Bauern, die übrigen sind Angestellte, Militär und Studierende; 20 Prozent sind Parteimitglieder, 4 Prozent Mitglieder des UKSJB. Der UKSJB. beteiligt sich die ganze Zeit hindurch an der Arbeit, in letzter Zeit tun das auch die Gewerkschaften. Gegenwärtig arbeiten wir gemäß den Direktiven und den Weisungen des Obersten Rates für Körperkultur in der Ukraine besonderes an der Vertiefung und der Arbeit im Sinne der Verwirklichung der Sowjetkörperkultur, indem wir alle Abweichungen (Sokolsystem, Rekorde usw.) bekämpfen.

Anfangs beachtete man die Träger der Körperkultur, die in den meisten Fällen die Lage nicht beherrschten, gar nicht. Man veranstaltete eine Massenprüfung des Instrukteurbestandes der ganzen Ukraine. Die Ergebnisse waren: 505 für die Arbeit taugliche Instrukteure, während man die übrigen ausschaltete. Zur Hebung der Qualifikation der Ausbildung neuer Instrukteure wurden fünf Gouvernements-Kurse und ein Allukrainischer Kursus für Körperkultur eröffnet. Außerdem wurden alle Instrukteure mit Hilfe von Seminaren in eine gründliche Arbeit hineingezogen, die nach einem einheitlichen, vom ORKK. der ganzen Ukraine empfohlenen Programm geleitet wird.

Besondere Aufmerksamkeit wurde darauf verwandt, daß den Aktivisten der Körperkultur genügend viele medizinisch-anthropometrische Punkte zur Verfügung stehen, an denen das Volkskommissariat für Gesundheitspflege und die Mediziner sich aktiv beteiligen. Beim ORKK. gibt es ein Haus für Körperkultur, das mehrere Abteilungen aufweist. Während des vorigen Jahres behandelte es zweitausend Personen, von denen 600 im Kabinett für korrigierende Gymnastik von verschiedenen Rückgratsverkrümmungen und Brustkastendeformationen geheilt wurden. Was die wissenschaftliche Unterrichtstätigkeit anbelangt, so wurde ein einheitliches Unterrichtsprogramm ausgearbeitet. In den Schulen für soziale Erziehung und unter den jungen Pionieren wurde eine Tabelle ausgearbeitet, um bei den Beschäftigungen der verschiedenen Arten von Körperkultur die Ergebnisse zu registrieren. Betreffs zweckmäßiger Ausnutzung der Mittagspausen wurden entsprechende methodische Vorschriften gegeben. Für die Betriebsschulen und für verschiedene Professionen wurden eine ganze Reihe von Uebungen der „Regime"-Gymnastik ausgearbeitet. Auch für die Sommersanierungskampagne verschiedener Institutionen, Sanatorien, Spielplätze, Schulkolonien, Kommunelager und Erholungsheime wurde Material ausgearbeitet.

Auf dem Gebiet der Agitationsarbeit wurde folgendes geleistet:

1. In der ganzen periodisch erscheinenden Presse und in allen Städten der Ukraine wurden Abteilungen für Körperkultur eröffnet.

2. Zum ersten Mai wurden spezielle Bewegungen und Inszenierungen ausgearbeitet.

3. In der Ukraine wurden Vorträge und Berichte über die Körperkultur veranstaltet, und zwar in der Anzahl von 1210, wobei die Hörerzahl sich bis auf 145 000 belief.

4. Auf allen Amtskonferenzen und Kongressen sowohl der Gouvernements als auch der Republik wurden Berichte über Körperkultur gehalten, was dazu beitrug, die Bauern mehr in diese Arbeit hineinzubeziehen.

5. Man gründete das Institut der Korrespondenten über Körperkultur zwecks Verbindung der Lokalpresse mit der Zentralpresse. Es wurde eine Allukrainische Konferenz über Körperkultur veranstaltet. Ein besonderes Organ des ORKK. „Nachrichten der Körperkultur" wird in einer Auflage von 12 000 Exemplaren veröffentlicht.

Auf dem Gebiet der Schach-Sektion fanden Zirkelbeschäftigungen statt. Es wurden Wettkämpfe zwischen den Städten veranstaltet und ein allukrainisches Turnier wird vorbereitet, auf dem Arbeiterzirkel und die Rote Armee ihre Kräfte messen sollen. Bei einem Schachturnier und einem Dame-Turnier soll die Ukraine beweisen, was sie kann. In der periodischen Presse gibt es besondere Schach- und Dame-Rubriken. Gegenwärtig beginnt man mit der Vorbereitung einer umfangreichen Kampagne im Interesse der Agitation der Ziele und Aufgaben der RSJ., sowie auch zu deren materieller Unterstützung; außerdem hat man mit der Organisation eines allukrainischen Stadions und mit der Vorbereitung der allukrainischen Spartakiade im Jahre 1926 begonnen. Im laufenden Jahr wollen die ukrainischen Aktivisten für Körperkultur eine ganze Reihe ausländischer Gruppen zu sich einladen und, sollte es möglich sein, beabsichtigen sie auch andere Arbeiter-Sportorganisationen zu besuchen, um die internationale proletarische Solidarität mit den Arbeitern der Körperkultur des Westens zu festigen.

Die Landestagung des Bundes deutscher Mietervereine

Als nächster Referent sprach Herr Baurat Seidler. Aus seinen Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Die mieterpolitische Lage.

Das Jahr 1926 ist für die Mieterschaft von besonderer Bedeutung. Mit dem 1. Juli treten nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die drei großen Wohnungsgesetze — Reichsmietengesetz, Mieterschutzgesetz, Wohnungsmangelgesetz — außer Kraft. Zwar kann mit einer Verlängerung der Gesetze gewiß gerechnet werden, doch sind wesentliche Verschlechterungen zu befürchten. Die Mieter befinden sich seit Jahrzehnten in dauernden Kämpfen um die Besserung der Rechtsverhältnisse, aber auch um Besserung der Wohnungsverhältnisse. Der Bund fordert:

1. ein neues Bodenrecht als Grundlage für eine neue deutsche Wohnungswirtschaft.
2. ein neues Hypothekenrecht, das die Wiederkehr einer grenzenlosen Verschuldung des deutschen Grundbesitzes verhindert.
3. zweckmäßige Bebauungspläne für die Gemeinden und Bezirke, gute Baugesetze und Bauordnungen, die als Grundlage für eine soziale Wohnungsreform zu dienen haben.
4. eine weitblickende Verkehrspolitik. Wohn- und Arbeitsstätten sind räumlich zu trennen. Die Familien sollen im Freien wohnen, nicht im Bereich des Rußes, Rauches, Staubes der Stadt und der Gerüche der Fabriken.
5. Schaffung einer dauernd fließenden Geldquelle für den Kleinwohnungsbau, die diesen mit billigen Baugeldern und Hypotheken zu versorgen vermag.
6. Bereitstellung billigen Baulandes durch die Gemeinden.
7. Bevorzugte Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues gegenüber dem privaten, kapitalistischen, spekulativen Wohnungsbau.
8. Schaffung eines Wohnwirtschaftsgesetzes im Sinne der Reichsverfassung unter Zusammenfassung der bereits bestehenden Wohnungsgesetze — Mietrecht des BGB. — Reichsmietengesetz — Mieterschutzgesetz — Wohnungsmangelgesetz.
9. Förderung der Wohnungskultur, insbesondere im Wege einer alsbaldigen Durchführung bestehender bzw. Schaffung neuer Wohnungsordnungen in den Gemeinden — Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.
10. Durchführung einer gründlichen Wohnungsstatistik zur Feststellung der Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung, zur dauernden Beobachtung des Wohnungsmarktes, zur Erkenntnis der allgemeinen Entwicklungsbestrebungen des Wohnungswesens und zur Beeinflussung des Wohnungsneubaues hinsichtlich des Bedarf nach Ortslage, Wohnform und Wohnungsgrößen.

Es ist betrüblich, festzustellen, daß trotz der Bestimmungen der Reichsverfassung keine deutsche Reichsregierung, kein Reichstag sich verpflichtet fühlt, die Führung zur Verwirklichung einer sozialen Wohnungsreform zu übernehmen. Hilfe aus Wohnungsnot und Wohnungselend vermag nur der Wohnungsneubau zu bringen. Die Frage des Neubaues ist in allererster Linie eine Kapitalsfrage. Der Reichstag schätzt den fehlenden Bedarf an Wohnungen auf mindestens 600 000, den laufend jährlich anwachsenden Bedarf auf 150 000. Als Hauptgeldquelle für den Wohnungsbau steht z. Zt. nur die Mietzinssteuer zur Verfügung.

„Die Gemeindeaufsichtsbehörden haben sorgfältig darüber zu wachen, daß die für den Wohnungsbau bestimmten Steuerbeträge bestimmungsgemäß verwendet werden.“

Die Hauptfrage für uns ist indessen die, wie können am zweckmäßigsten die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel bewirkt als Grundlage für eine großzügige soziale Wohnungsreform sichergestellt werden. Wir hatten in unserer Eingabe an den Landtag für die Verwaltung des Landesausgleichsstockes einen Selbstverwaltungskörper gefordert und als solchen den bereits bestehenden Landeswohnungsverband empfohlen, der uns wegen seiner Verbindung mit der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden und damit mit den Sparkassen des Landes als besonders geeignet erschien.

Der Reichsfinanzminister hat jetzt den Abbau der Hauszinssteuer in Aussicht gestellt. Der Abbau darf aber nicht etwa in der Weise erfolgen, daß die als Steuer abgebauten Hundertsätze dem Hausbesitzer als gesetzliche Miete überlassen werden. Wir fordern den Abbau der Mietzinssteuer und Schaffung einer Grundwertsteuer an ihrer Stelle. Die Besteuerung des reinen Bodenwertes wird am einfachsten und sichersten die Erfassung der [illegible] der Grundstückentschuldung dem Grundstücksbesitzer zugeflossenen Rente ermöglichen.

Der Einführung einer reinen Grundwertsteuer stehen z. Zt. die Bestimmungen des Reichsbewertungsgesetzes entgegen, nach dem Einheitswert für die Reichsvermögens-, Reichserbschaftssteuer und die Realsteuern der Länder festzusetzen sind. Der Sächsische Landtag hatte am 12. Juli 1923 von der Regierung die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Einführung einer reinen Bodensteuer gefordert. Der Gesetzentwurf liegt fertig vor. Das Gesetz kann aber nicht durchgeführt werden, weil die Bestimmungen des Reichsbewertungsgesetzes ihm entgegenstehen. Wir fordern vom Reichstag beschleunigte Abänderung des Reichsbewertungsgesetzes, um den Weg zu einer reinen Grundwertsteuer in den Ländern freizumachen.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Der Verbandstag fordert:

1. Schaffung eines Bodenreformgesetzes, welches das Verkaufs-, Ankaufs- und Enteignungsrecht zugunsten der Wohnungswirtschaft wesentlich erweitert und den Gemeinden ermöglicht, in großzügiger Weise Bodenvorratswirtschaft zu betreiben;
2. Aufrechterhaltung des sächsischen Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 20. November 1920 und Ausbau desselben gemäß den derzeitigen Bedürfnissen;
3. Schaffung eines neuen Hypothekenrechts, das insbesondere die Verschuldung des Grundbesitzes hindert und die Grundstücksspekulation ausschließt;
4. Beseitigung der ungerechten und unsozialen Miet- bzw. Hauszinssteuer. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind durch ein besonderes Wohnungsbauabgabegesetz sicherzustellen. Die durch das Aufwertungsgesetz sanktionierte Grundstücksentschuldung ist als Finanzquelle für Länder und Gemeinden durch eine entsprechend hohe, gestaffelte Grundwertsteuer zu erschließen. Die z. Zt. dem entgegenstehenden Bestimmungen des Reichsbewertungsgesetzes sind abzuändern.
5. Zusammenhaltung aller zur Förderung des Wohnungsbaues von der Allgemeinheit aufgebrachten Mittel durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen, um in aller Zukunft mit Hilfe der später zurückfließenden Tilgungsbeträge eine soziale Wohnungsreform betreiben zu können unter Bereithaltung billiger, nachstelliger Hypotheken;
6. unbedingte Vermeidung jeder weiteren Erhöhung der Mieten. Die Mieterschaft wird gegen jeden dahingehenden Versuch den entschiedensten Widerstand organisieren. Zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung und Unterhaltung der Gebäude und Wohnungen reicht die derzeitige gesetzliche Miete durchaus zu, bei sinkendem Bauindex ist eine Herabsetzung vorzunehmen. Angesichts der beharrlichen Weigerung der Hausbesitzer, die für Instandsetzungsarbeiten in der Miete bezahlten Beträge ausschließlich für das Haus und die Mieträume zu verwenden, fordert der Verbandstag erneut die Buchführungspflicht für sämtliche Hausbesitzer und die Nachweispflicht hinsichtlich der Verwendung der Instandsetzungsbeiträge;
7. Durchsetzung der Novelle zum Mieterschutzgesetz bzw. Ablehnung derselben durch den Reichstag. Die Mieterschaft fordert unter Zusammenfassung der im Mietrecht des BGB., im Reichsmietengesetz, im Mieterschutzgesetz und im Wohnungsmangelgesetz enthaltenen neuzeitlichen Rechtsgedanken die Schaffung eines Wohnwirtschaftsgesetzes, das dem Geiste der Reichsverfassung entspricht;
8. Der Verbandstag begrüßt die vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erlassenen Richtlinien für die Gewährung von Baudarlehen aus der Mietzinssteuer als einen erfreulichen Fortschritt auf dem Gebiete sozialer Wohnungspolitik; von den Gemeinden wird eine von gleichem sozialen Verständnis getragene Wohnungspolitik erwartet.

Von einigen Delegierten wurde nachfolgende Zusatzentschließung eingebracht. Herr Vogelsang, Mittweida, begründete die Entschließung. Genosse Seidenglanz, Pirna, trat ebenfalls für dieselbe ein. Er forderte stärkere Belebung der Tätigkeit der Organisation.

Die Entschließung fand keine Mehrheit. Die Organisation möge bei ihrem Schlendrian beharren bleiben. Es wird Aufgabe der KP. sein, durch Arbeit in der Bewegung dieselbe vorwärts zu treiben.

Zusatzentschließung.

Die Aufgabe der Mieterorganisation besteht darin, den Kampf gegen die Belastung der Mieter aller gegen den Mietwucher und für die Beschaffung ausreichender Wohnungsmöglichkeit zu führen. Dieser Kampf kann nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn die Mieterschaft geschlossen und entschlossen auftritt. Angesichts der bestehenden Wirtschaftskrise, der dadurch bedingten Notlage der breitesten Massen ist jede Belastung der Mieter unerträglich. Die für den 1. Juli 1926 vorgesehene Steigerung der Miete auf 100 Prozent ist für die breitesten Kreise der Mieter unerträglich. Diese Steigerung ist aber auch vollständig ungerechtfertigt. Regierung, Behörden und die für die Mietsteigerung eingetretenen Organisationen haben die Steigerung mit der Notwendigkeit der Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau begründet. In Wirklichkeit werden aber nur 50 Prozent der den Mietern auferlegten Lasten zum Wohnungsbau verwendet. 50 Prozent (in Sachsen 90 Millionen Mark) werden durch die Mietzinssteuer aus den Taschen der notleidenden Bevölkerung für die Finanzierung des allgemeinen Verwaltungsapparates verwendet. Bei Ausfall dieser Summe würde eine Friedensmiete von 80 Prozent ausreichen, um die gleichen Mittel, wie vom 1. Juli 1925 ab, für den Wohnungsbau aufzubringen.

Unter den anwesenden Delegierten besteht vollständige Einigkeit darüber, daß eine solche Belastung der Mieter für die Zwecke der allgemeinen Verwaltung nicht nur unsozial ist, sondern auch mit den schärfsten Mitteln zurückgewiesen werden muß. Aufgabe der Mieterorganisation ist es, den Kampf um die Beseitigung dieser Belastung mit aller Kraft zu führen.

Der Bund Deutscher Mietervereine hat sich im Prinzip mit dem Programm des in Berlin gegründeten Ausschusses gegen Miet- und Bodenwucher und für die Behebung der Wohnungsnot einverstanden erklärt; ja der Bund hat in diesen Ausschuß seinen Vertreter entsandt. Der Ausschuß verlangt eine Festsetzung der Miete nicht über 85 Prozent der Friedensmiete. Die Abgeltung des Hausbesitzers auf die Höhe der dem Hausbesitzer durch die Entwertung der Hypotheken verbleibenden Belastung von 25 Prozent des Friedenswertes, die Eintragung einer Reichshypothek auf den Hausbesitz, eine Verzinsung derselben mit 5 Prozent und die Verwendung der Gelder zum Wohnungsbau. Die Durchführung dieses Programms bedeutet die Beseitigung der brutalen Mietzinssteuer und demnach die Möglichkeit der Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. Reichs- und Landesbehörden denken natürlich nicht an die Durchführung eines solchen Programms. Im Gegenteil, die Lutherregierung hat eben erst durch einen großzügigen Steuererlaß den Kapitalisten ein Geschenk von rund 500 Millionen Mark gemacht, während gleichzeitig die neuen schweren Belastungen der Mieter einsetzen. Die Ergänzung der für die Mieterschaft günstigen Maßnahmen erfordert eine Aktivisierung der Mieterbewegung.

Der Landesverband Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine hat aber nichts Genügendes unternommen, um durch Massendruck die Belastung abzuwehren und für die Durchführung des Berliner Programms zu kämpfen. Mit der jetzigen Haltung der Klassenharmonie, der Ausgleich zwischen Mieter und Vermieter wird der Sorge der Mieter nicht gedient. Diese Haltung des Verbandes trägt nur zu einer Zersplitterung der Mieterbewegung bei. Schon ist die Abspitterung des Reichsbundes Deutscher Mieter erfolgt.

Die Delegierten der Landestagung sind erfüllt von dem Streben, diese Zersplitterung zu überwinden und eine Vereinigung der Organisationen herbeizuführen. Diese Vereinigung wird jedoch nur gelingen, wenn der Bund Deutscher Mietervereine entschiedener wie bisher die Interessen der Mieter vertritt.

Die Landesversammlung verlangt deswegen die sofortige Durchführung einer öffentlichen Kampagne gegen die Steigerung auf Friedensmiete, für die Beseitigung der Mietzinssteuer und die Durchführung des Programms des Berliner Ausschusses. Nur so wird den Interessen der Mieter gedient, nur so aber auch die Festigung der Mieterbewegung herbeigeführt werden können.

Die Landesverbandsleitung wird beauftragt, mit der Durchführung eines solchen Programms für die Vereinigung der Mieterbewegung zu wirken.

Gezeichnet:
Vogelsang, Mittweida. Seidenglanz, Pirna. Bachmann, Dohna. Arnold, Heidenau. Keßler, Heidenau. Dathe, Zschachwitz. Fischer, Glashütte. Rabending, Neustadt (Sa.). Welzmann, Niedersedlitz.

Aus Ostsachsen

Pirna. Der nationale Damm bricht, sorgen wir Arbeiter dafür, daß die Flut des Durchbruchs alles Geschmeiß mitnimmt in die Vergangenheit. Als im Jahre 1923 die Bourgeoisie nicht mehr aus und ein wußte, wo selbst Stresemann vom letzten Ministerium träumte, riskierte sie die letzte Karte, den Belagerungszustand und das Verbot der KPD. Nach dem Volksopfer-Meißner genügte das aber nicht, um erfolgreich die rote Flut in Sachsen abzudämmen, das Land mußte „national untermauert“ werden. So verpflanzte man allerhand Geschmeiß unter die von den Kapitalisten auf Hungerrationen gesetzte Arbeiterschaft, setzte vor allem in die am meisten von der revolutionären Arbeiterschaft „bedrohten“ Gebiete ein ganzes Heer von Spitzeln und Provokateuren. Pirna war auch ein solches Gebiet, in dem sich seit 1923 allerhand lichtscheues Gewürm breit machte. Selbst bis in die internsten Kreise versuchte dieses Geschmeiß einzudringen. Unter dem Schutze der Gutgläubigkeit gelang es auch, die Arbeiterschaft zu verwirren. Doch bald wurden solche Früchtchen erkannt, schwerer schon war es, auch den Mittelspersonen auf die Spur zu kommen. Herr Meißner untermauerte auch Pirna „national“, Geld gab's ja in Massen, die „Maurer“ gewöhnten sich so an den Goldstrom, daß sie, als die Quelle versiegte, sich anderweitig helfen mußten. Ein solcher Maurer war unter anderem auch der Kalobromie Maaz. Sein Stab von Mitarbeitern war so zahlreich, wie es hier. Sogar einen Adjutanten, der hin und der Stadt Pirna zukam, war vorhanden, wieder zu Pferde sein Beobachtungsfeld inspizierte. Heute nun — nachdem die Leute sich an das Leben gewöhnt, das ihnen die Bourgeoisie für ihre Tätigkeit bot, wo die Gelder aus mancherlei Gründen nicht mehr fließen und sich die Leute an öffentlichen Geldern vergriffen haben, um ihr Leben so weiter führen zu können, — will diese Gesellschaft diese ihre Söldlinge als „Eindringlinge“ abschütteln. Geradezu typisch versucht der „Pirnaer Anzeiger“ den Fall Maaz abzutun. „Ein raffinierter Hochstapler entpuppt sich“ — jawohl, liebe Tante, die ganze Hochstapelei von 1923 fängt sich an zu entpuppen. Schon die Tatsache, daß der Herr Maaz (und andere) nahezu 3 Jahre unter den Augen der Bourgeoisie und den Behörden ein Leben führen konnten wie ein indischer Nabob, beweist, wie lügenhaft die Meldungen sind in diesem Falle. Wir sagen: Arbeiter, Augen auf. Der Damm bricht, die Flut beginnt den nationalen Bau zu unterwühlen. Vieles harrt noch der Aufklärung. Leider steht uns der Platz nicht zur Verfügung, alles ausführlich behandeln zu können. Wir, die Arbeiterschaft, müssen Augen und Ohren offenhalten, damit wir so bald als möglich dem ganzen verlogenen System den Genickfang geben können. Bezeichnend ist, wie weit der Baum morsch ist, eine Reihe von Jahren konnten Gelder der Stadt verplempert werden, ohne daß man „dahinterkam“. Bei einem Arbeiter, der ein Jahr arbeitslos war und dann 14 Tage Arbeit hatte, da wußte man sofort, „den müssen wir pfänden lassen“, anders bei „nationalen“ Helden. Ist vielleicht deshalb so wenig Geld in der Kasse, weil es gar nicht zur Disposition steht? Arme nationale Patriotenkreatur, deine eigenen Auftraggeber stoßen dich von sich. Aber sei ruhig, nicht nur du fällst, auch sie werden fallen. Der Rächer ist nicht allzu weit. **K. W.**

Pirna. (Kapitalisten, ihre Söldner und Opfer.) Sonnabend. — Der Himmel ist trüb und weint Tränen ob der Zustände, die er beobachtet auf der Erde. Es ist eine skandalöse Heuchelei, die sich die Menschheit bieten läßt. Kapitalisten wie Hoesch, Hasseröder, Krause u. Baumann und vielleicht noch andere flaggen Halbmast und mimen Trauer — flaggen Halbmast, wie sie im Kriege für jeden Sieg, der im Felde Tausende Menschen, Proleten das Leben kostete und ihnen Profit brachte, flaggten. Oh, diese Pharisäer! Ueberlegt euch, Arbeiter! Hinter 2 oder 3 oder 4 oder 5 Arbeiter setzten die Blutsauger einen Vorarbeiter, hinter 10 bis 15 Arbeiter einen Meister und diese trieben dann die Arbeiter an, um das letzte aus ihnen herauszuquetschen. Sie haben noch nie daran gedacht, daß ihre Arbeiter Menschen sind, sie kosteten ihnen nichts, aber bringen mußten sie ihnen viel. Und diese Leute flaggen Halbmast! Arbeiter! Das ist euch ins Gesicht gespien! Dann sehe ich sie, die bald hie, bald da hinter einem Versteck lauern, ob sie den müden Proleten beim Ausruhen, beim Verschnaufen erwischen können. Auf Befehl des Herrn „von Geblüt“ erschweren sie den Arbeitern das Leben noch auf besonders ertüftelte und raffinierte Weise, um den Profit zu steigern. Ich sehe sie, wie sie als „trauernde“ (schwarz gekleidet) bedächtig mit großem Zylinder Beileid mimend, zum Begräbnis steigen. Dann sehe ich die 6 Schlote weiter rauchen. — — Am Grabe einen Pfarrer, der von Gottes gewaltigem Ratschluß schwätzt und diese Blutopfer des Kapitalismus in göttliches Geschehen umlügt. Dann erinnert mich noch die halbmastgehißte Flagge der Firma Krause u. Baumann an einen Anschlag: „Die Direktion ist bereit, den Kindern, die konfirmiert werden, eine Beihilfe zu geben. Selbige müssen sich mit Ausweis von ihrem zuständigen Geistlichen im Arbeiterratszimmer sobald wie möglich melden. Krause u. Baumann. Betriebsrat: Jähnige.“ — Ja, beim Pfarrer melden, der ihnen in Gott geduldige Sklaven liefert, für die kann man schon eine Beihilfe gewähren. — So steigen die Gedanken beim Anblick von Halbmast und dann — die Trümmerstätte, die geblieben als Warnung vor der Gesellschaftsordnung, die die Arbeitenden als Material und nur sich als Mensch betrachtet — — **Bei ungeheurer Beteiligung wurden 3 Opfer des Hoeschschen Nationalisierungsplanes auf dem hiesigen Friedhof beerdigt. Rot Front stellte Spalier. Am Grabe sprach ein Vertreter von Rot Front und ein Vertreter des Arbeitslosenrates.**

Pirna. Kirche — Schule — Kultur. Auf die Donnerstag den 15. April, abends 8 Uhr im Volkshaus Pirna, Reitbahnstraße, einberufene öffentliche Versammlung weisen wir hiermit besonders hin. Der Referent Genosse Prof. Theodor Hartwig aus Brünn, Präsident der Internationale proletarischer Freidenker, ist zu diesem Vortrage gewonnen, und in Anbetracht der kommenden Elternratswahlen ist es dringend notwendig, sich den Vortrag anzuhören; sämtliche Elternräte, Lehrer und Erzieher werden zum Besuch besonders aufgefordert, zu erscheinen.

Heidenau. (Goetheschule.) Dieses Ostern wurden der Schule 200 Kinder zugeführt. Es machte sich die Bildung von 6 Elementarklassen notwendig. Die vom Schulleiter mit einer kurzen Ansprache eröffnete Feier fand ihren Höhepunkt in Darbietungen einer ersten Mädchenklasse. Erfreut wurden die Kleinen durch Zwiegespräche, Tänze und Gesänge. Bei der Verteilung auf die einzelnen Klassen erhielt jedes Kind eine Tüte, Weißstift und Federhalter enthaltend, ausgehändigt.

Seifhennersdorf. (Osterkonzert des Arbeitergesangvereins „Freie Sänger“.) Das Konzert des Arbeitergesangvereins „Freie Sänger“ am 1. Osterfeiertag erfreute sich eines guten Besuches, es wäre aber zu wünschen, daß in Zukunft die Veranstaltungen des Vereins noch besser besucht würden. Unter der Leitung des Liedermeisters Genossen Oby bot der Verein in seinen Männer-, gemischten und Damenchören sein Bestes. Vor allen Dingen hörte man einmal russische Weisen (zum Beispiel „Warschawjanka“, Männerchor, und „Am Strom der Mutter Wolga“, gemischtes Doppelquartett). Sie wurden ziemlich einwandfrei gesungen. Die anderen Chöre, wie „Waldvöglein“ und „Zigeunerlager“, gemischte Chöre, sowie der Damenchor „Hoffnung“ zeigten erstens einmal unermüdliche Arbeit des Liedermeisters und zweitens restlose Hingabe der Sänger und Sängerinnen. Der Verein verfügt über prächtiges Stimmaterial, besonders im Sopran. Das Sopransolo im „Waldvöglein“ wurde prächtig wiedergegeben. Viel mehr Sorgfalt muß in der Aussprache noch verwandt werden, besonders beim Männerchor. Die Schlußnummer „Walpurgiszauber“ (Singspiel) wurden sehr exakt vorgetragen, aber es wäre in Zukunft bei reinen Gesangskonzerten erwünscht, nicht mehr Singspiele, sondern eventuell Chöre mit Orchesterbegleitung aufzuführen. Alles in allem kann gesagt werden, daß dieses Konzert als wohlgelungen zu bezeichnen ist. Weiter wäre zu wünschen, daß sich viel mehr Frauen und Männer der Arbeiter dem freien Liede zuwenden müssen, das heißt dem Verein als Mitglieder beizutreten um ihn auf der beachtlichen Höhe zu halten und ihn weiter zu fördern.

Arbeiter von Heidenau!

Wollt ihr eure Pflicht den

Toten von Hoesch

gegenüber tun, so erscheint

heute abend ½8 Uhr im „Schützenhaus“

zur großen öffentlichen Volksversammlung.

Es sprechen dort:
Frau Reichstagsabg. Arendsee, Berlin
Landtagsabg. Siewert, Chemnitz

Erscheint in Massen und hört, was euch die Kommunisten zu sagen haben!

Frau Dr. med. Flake (Berlin)

spricht

am Mittwoch den 14. April, abends 7.30 Uhr
im „Sächsischen Wolf“ in Freital

und am Donnerstag den 15. April, abends 7 Uhr
im Gasthof „Zur Sonne“ in Glashütte

Frau Reichstagsabg. M. Arendsee

am Donnerstag, den 15. April, abends 7.30 Uhr
im Gasthof Groß-Zschachwitz

über die

Reichsgesundheitswoche

Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Massen.

Dresden

14. April: 1925: 25 Kommunisten zu 113 Jahren Zuchthaus und Zwangsarbeit, der Kommunist Georgiew in Warna zum Tode verurteilt (Bulgarien). Vandervelde übernimmt Kabinettsbildung in Belgien. — 1924: Haftentlassung des Eisner-Mörders Graf Arco. — 1921: Russisch-polnischer Friedensvertrag vom Allruss. Zentr.-Exekutiv-Komitee ratifiziert. „Schwarzer Freitag" in England (Gewerkschaftsführer der Transportarbeiter und Eisenbahner zurückziehen Generalstreikbeschluß zur Unterstützung des Generalstreiks der Bergarbeiter). — 1920: 4. Parteitag der KPD. in Berlin. — 1919: Organisierung des Widerstandes gegen die Garden Hoffmanns durch die Kommunisten in München. Kampf um den Hauptbahnhof. — **1916: Konferenz der Zimmerwalder Linken in Kienthal (bis 30. 4.).** — 1900: Eröffnung des Berliner Gewerkschaftshauses. — 1879: Attentat auf Alexander II. von Rußland. — 1865: Ermordung des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln in Washington (geb. 12. 2. 1809, 4. März 1861 Präsident, verkündet Juli 1863 die Befreiung aller Sklaven).

Die Hungerkünstler-Seuche

Von Spiegel

Der deutsche Philister braucht seine Sensationen — und er bekommt sie! Was wäre es auch für ein jammervolles Leben — wie eintönig — wenn — ja wenn er nicht von irgendeinem Skandälchen hörte. Es ist doch zu nett, wenn er früh beim Morgenkaffee lesen darf: In Honolulu großes Erdbeben. Häuser eingestürzt. Viele Tote. Furchtbare Szenen spielen sich ab usw. Auch abends beim Biertisch, wenn die alten Herren unverdrossen ihren Skat dreschen, auch da ist „ein Krieg weit hinten in der Türkei" — — — sehr erwünscht.

Jetzt ist diesen treuen deutschen Kämpen großes Heil widerfahren! In Berlin setzte es ein und mit Eilzugsgeschwindigkeit ging es fort über die Provinzstädtchen bis in den kleinsten Ort: Hungerkünstler — Hungerkünstler. Das ist das Biertisch-Thema!

Ja, das ist doch wenigstens wieder mal etwas anderes — endlich.

Männer sind es — ach, was ich sag', Frauen sind sogar dabei — leibhaftige Frauen! Mit einem Wort — es sind Helden. Das sollte uns mal ein anderer Staat nachmachen — ist ja einfach undenkbar. Wer zweifelt noch daran, daß an diesem „deutschen Wesen einst wird die ganze Welt genesen?" Ein Rekord überschlägt den anderen. Mit 30 Tagen wurde angefangen, jetzt ist man schon bei 50 Tagen!

Das eröffnet Perspektiven — Perspektiven! Zukunftsbilder steigen auf — ob wir den nächsten Krieg wieder verspielen? Ganz schamrot werden unsere alten im Dienst ergrauten Offiziere — warum kamen sie nicht auf diese Idee? Die Kohlrübenerschütterungen wären nicht gekommen und alles wäre anders geworden. Daß in Leipzig ein Hungerkünstler mit Bismalz geheim gefüttert wurde, tut weiter nichts, ja, im Gegenteil, es reizt noch.

Wie war es doch gleich bei Klante — Kohn: Man ließ auch dort das Geld stehn — — — — — —

Derweilen meldet der Telegraph: In Berlin fand man im Osten eine Frau mit ihrem Sohn verhungert auf. Beide waren seit Monaten ohne Arbeit. — Essen: Hier erschossen sich zwei Menschen. Grund: Lange erwerbslos, Nahrungsmittelsorgen. — Menschen.

Oh, wie verfault ist doch eine Gesellschaft, die sich an „Hungerkünstler"-Sensationen ergötzt, derweilen die Blüte des Volkes elend zugrunde geht!

Die Pleite der Hungerkunst

Auch Dresden holt sich seine Blamage

Harry — die Dresdner Sensation in der Schössergasse — hat es nunmehr auch vorgezogen, das Schicksal der hunderttausende Erwerbsloser zu riskieren, als sich ein Vermögen zu erhungern. Gestern früh 8 Uhr ist er ausgebrochen. Allerdings ist er vorsichtig. Er will nicht umsonst seinen Körper 31 Tage zum Gaudium des satten Spießers gequält und gepeinigt haben. Einige tausend Mark hat er „beschlagnahmt". Für den Schaden, den er seinem Körper zufügte, nicht zuviel.

Nun stehen sie, unsere lieben Spießerseelen, entrüstet da und schimpfen. Weshalb? Er hat nämlich, der liebe Harry, die schöne Theorie vom „gesunden" Hungern sehr radikal widerlegt. Und die Arbeitslosen, die sich in den Vormittagsstunden an der Schössergasse angesammelt hatten, ließen ihre Meinung auch sehr eingehend hören. Die Blamage nicht zuletzt auch der Polizei, die diesen Sensationsdreck sehr gern erlaubte, und die städtischen Behörden, die eine hübsche Summe Lustbarkeitssteuer sehr gern einsäckelten, wurde recht deutlich gekennzeichnet. So deutlich, daß man schnell einige Ueberfallkommandos aufbot, um zu „säubern". Alles in allem ist diese widerliche Hungerpropaganda, die von Behörden protegiert wird, um einen „Kämpen" ärmer geworden und der Dresdner Spießer wieder einmal blamiert — und das wollen wir ihnen gönnen. Die Arbeiterschaft aber empfindet dieses Wettrennen nach dem Hungern als eine Provokation. Sie will die Unzufriedenheit mit dem Hunger, sie will ihre ganze Kraft einsetzen, um Schluß zu machen mit dem Hunger in Deutschland.

Stadtverordneter Kohlmann zurückgetreten

Stadtverordneter Kohlmann ist zurückgetreten, da er sich bei Uebernahme des Mandats verpflichtet hatte, zurückzutreten, wenn die Organisation seiner Partei das verlangt. — Herrn Schurig zur Nachahmung empfohlen!

Liebestragödie in Leubnitz-Neuostra

Mord und Selbstmord

Am Dienstag nachmittag erschoß in Leubnitz-Neuostra der Straßenbahnschaffner Kokot die Gutsbesitzersehefrau Merbd und dann sich selbst. Es handelt sich um eine Liebestragödie. Die sehr lebenslustige Frau hatte vor einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit Kokot gehabt und hatte dieses wahrscheinlich lösen wollen. In seiner Erbitterung darüber hat K. wahrscheinlich zur Waffe gegriffen.

Volkshochschule. Donnerstag den 15. April beginnen: Friederike Pleißner: Praktischer Lehrgang in Körperbildung Laselond (Fortsetzung, neue Teilnehmerinnen nicht zugelassen), 7.30—9 Uhr, Bernhardstraße Nr. 75. Friederike Sirtt: Uebungen in lautreinem Sprechen (Fortsetzung), 8 bis 9 Uhr in der Staatlichen Höheren Mädchenbildungsanstalt, Marschnerstr. 8/10. Ernst Thieme: Auf Wegen zum selbständigen künstlerischen Erleben (nur für alte Teilnehmer), 7—9 Uhr im Zeichensaal des Vitzthumschen Gymnasiums, Dippoldiswalder Gasse 9. Rudolf Troitzsch: Ausgewählte Werke Gerhardt Hauptmanns, 7.30—9 Uhr im Wettiner Gymnasium, Wettinerplatz 13. Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. — **Abteilung Betriebskurse:** Donnerstag den 15. April beginnt: Regierungsamtmann Schäfer: A-Klasse: Sozialversicherung, 7—9 Uhr in Zim. 11 der 2. Berufsschule, Johannesstr. 18.

Teppichklopfen. Aus den Kreisen der Einwohnerschaft wird erneut darüber geklagt, daß die Vorschriften über das Teppichklopfen nicht beachtet werden, auch ist darauf hingewiesen worden, daß das Klopfen mitunter bereits früh 6 Uhr beginnt. Das Geräusch durch das frühzeitige Klopfen belästigt insbesondere kranke Personen in hohem Maße. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß Teppiche, Felle, Läufer, Matten, Decken, Betten, Polstermöbel und Matratzen im Freien (in Höfen und Gärten) nur werktags, und zwar von 8 bis 11 Uhr vormittags, außerdem aber noch Sonnabend nachmittags von 4—8 Uhr geklopft werden dürfen. Gegen Uebertretungen dieser Bestimmung wird künftig mit strenger Bestrafung vorgegangen werden.

Vom Tage

Weitere Hungerkünstlerpleiten

Die Chemnitzer „Hungerkünstlerin" Hilde hat ebenfalls am Dienstag kapituliert und ihren Glaskasten öffnen lassen. Der Hallenser Jackie bekam am 3. Tag seines „Fastens" einen Tobsuchtsanfall und zerschlug die Scheiben seines Käfigs. Der 30 Tage hungernde Hamburger Horst mußte in sehr bedenklichem Zustande ins Krankenhaus überführt werden.

Turmeinsturz in Toulouse. Hier stürzte der aus dem 15. Jahrhundert stammende Glockenturm zusammen. Ein benachbartes Wohnhaus wurde zerstört, 4 Hausbewohner getötet und einer schwer verletzt.

Rundfunk

Donnerstag, den 15. April

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts (Deutsche Welle) 3 Uhr: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3.35 Uhr: Stadtrat Dr. Mathesius: „Pflegekinderwesen." 4—4.45 und 5—5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 6.30—6.45 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.45 bis 7 Uhr: Steuerrundfunk. 7—7.30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Dr. Jobst: „Das internationale Schachturnier in Dresden." 7.30—8 Uhr: Vortrag: Kurt Polster, Oberlehrer an der staatlichen Taubstummenanstalt: „Taubstummenbildung." 8.15 Uhr: Novellenkranz. Mitwirkende: Rundfunkorchester. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Singers Pferdesportberichte werden nach den Nummern der Union, dem Sporn und Paris-Sport bekanntgegeben. Schluß etwa 10 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Voraussichtliche Witterung am 15. April (Donnerstag). Ziemlich heiter, offen, Nacht sehr kühl, Reifgefahr. Tagsüber angenehm warm.

16. April (Freitag). Teils heiter, teils wolkig, Temperatur wenig verändert, meist trocken.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

Gesundes Herz durch GEG-Korn-, Gersten-, Malzkaffee

Nur erhältlich in den Verteilungsstellen des

Konsumvereins

Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder!

VORWÄRTS KVD

Unsere Brotpreise

Brot I 4 Pfund . . . . . 56 Pf.
Brot II 4 Pfund . . . . . 50 Pf.
Vollkornbrot 3 Pfund 35 Pf.
Weizenbrot . . . . 40 Pf.

Konsumverein

Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

Versammlungskalender

Alle Referenten der Zellen-, Betriebs- und öffentlichen Versammlungen haben heute Mittwoch, abends 7,30 Uhr in der Referentenbesprechung im „Kaulbachhof", wo Genosse Paul Böttcher über „Die innerparteiliche Lage und Aufgaben in Sachsen" spricht, zu erscheinen.

Achtung! Metallarbeiter! Donnerstag, den 15. April, 4,30 Uhr: Erweiterte Fraktionsvorstandssitzung in „Stadt Braunschweig". Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Sämtliche Gewerkschaftsleiter der Jugend des Unterbezirks Dresden treffen sich am Sonnabend, den 17. April, abends 7,30 Uhr in „Stadt Braunschweig", Jakobsgasse 1. Teilzunehmen haben außerdem auch **sämtliche Metallarbeiter**, die im Kommunistischen Jugendverband organisiert sind.

Jung-Spartakus Ostsachsen. Alle Gruppen rüsten zur Fahnenweihe am 25. April der JSB.-Gruppe in Pirna.

JSB. Neustadt-Ost. Heute abend 6 Uhr Funktionäre bei Kläschen, Martin-Luther-Str. 29, H. I l. — Freitag Treffen der Pioniere um 5 Uhr am Alaunplatz, Ecke Nordstraße, zum Spielabend.

KJ. Altstadt. Donnerstag, den 15. April, abends 7,30 Uhr: Gruppenabend in Mikels Restaurant, Fischhofsplatz 14. Thema: Heitere Vorlesungen vom Gen. Sitzelewicz. Gäste, Jungfront- und Parteigenossen sind eingeladen.

KJ. Pieschen. Nächster Gruppenabend Donnerstag, den 15. April, im „Bürgerhof", Bürgerstraße 29: Vortrag: „Das Mädel in der Bewegung". Anfang 7,30 Uhr. Gäste willkommen.

KJ. Süd-West. Donnerstag, den 15. April, abends 7,30 Uhr im „Bürgergarten", Gruppenabend. Referat: „Sexual-Probleme und proletarische Jugend". Gäste willkommen.

KJ. Zschachwitz. Donnerstag, den 15. April, wieder **7 Uhr** Gruppenabend in der Schule, An der Aue, **nicht bei Bellmanns!** Thema: Warum Rote und Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale? Referent: Genosse Fritz Schreiter.

KJ. Ottendorf-Okrilla. Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr Gruppenabend im Jugendheim. — Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr Sitzung im Jugendheim.

Jung-Spartakus
ruft die ostsächsische Arbeiterschaft
am 25. April nach Pirna
zur Fahnenweihe und zur Demonstration für den
Schutz des proletarischen Kindes.

KPD. Kaitz, Leubnitz, Mockritz, Strehlen. Freitag, den 16. April, abends 7,30 Uhr im Gasthof Mockritz öffentliche Versammlung. Thema: Erwerbslosenelend, Mietsteigerung und die politischen Verbrechen der Heldt-Regierung. Referent: Genosse Goldhammer.

KPD. Ortsgruppe Loschwitz. Donnerstag, den 15. April, 7,30 Uhr in Emrichs Gasthaus: Versammlung. Gäste haben Zutritt.

KPD. Ortsgruppe Pirna. Alle Betriebs- und Straßenzellenkassierer, welche noch die alten Marken haben, **müssen sofort** bei ihrem zuständigen Kassierer **abrechnen**, letztere bei dem Ortsgruppenkassierer.

KPD. UB. Meißen. Freitag, den 16. April, öffentliche Versammlung im „Albertshof". Thema: Erwerbslosenelend, Steuerraub und das Verbrechen der Heldt-Regierung.

RFB. Groß-Dresden. Sonnabend, nachm. 5 Uhr im Bureau Jakobsgasse 15: Sitzung aller Abteilungsleiter von Groß-Dresden. Sehr wichtig! — Die Abteilungen, die noch keine Zeitungen abgeholt haben, sofort selbige abholen Jakobsgasse 15, 5—7 Uhr.

RFB.-Tambourzug Groß-Dresden. Sonnabend, 5,30 Uhr: Antreten zum Uebungsmarsch Jakobsgasse 15.

RFB. Abteilung 5. Freitag, 6,30 Uhr: Antreten RFB. und KJ. am Pieschener Rathaus. Vollzählig.

RFB. Freital-Gittersee. Die Spielleute stellen geschlossen Sonnabend am „Steiger", daselbst Treffen mit dem Dresdner Spielmannszug 6,30 Uhr.

Mieter Pirnas. Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr Mieterversammlung in der Artillerie- und Pionierkaserne. Thema: Mieterhöhung und Mietersragen.

Rote Hilfe Dresden-Johannstadt. Donnerstag, 15. April, abends 7,30 Uhr findet im „Schulgutshof", Ziegelstr. 58, eine Mitgliederversammlung der Roten Hilfe statt. Gäste sind willkommen.

Rote Hilfe Trachenberge. Freitag, den 16. April, abends 7,30 Uhr im „Köpenicker Hof", Hans-Sachs-, Ecke Grumeltstraße: Rote-Hilfe-Abend mit musikalischer Unterhaltung. Singebücher mitbringen.

Freidenker Zschachwitz. Mittwoch, den 14. April, abends 7,30 Uhr im Sportheim Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Fauth über: „Kampf ums Dasein, gegenseitige Hilfe".

Arbeitersport

Internationale Veranstaltungen.

Der englische Arbeiter-Sportbund hat die Einladung des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes angenommen, am 22. und 23. Mai eine Fußballmannschaft nach Dresden zu entsenden (bzw. Leipzig).

Am 1. und 2. Mai wird in Antwerpen und Boom eine Mannschaft der Genfer Arbeitersport-Union mit belgischen Arbeiter-Fußballmannschaften Spiele austragen. Damit kommen zum ersten Male Schweizer Sportgenossen nach Belgien.

Eine Antwerpener Auswahlmannschaft wird zu Pfingsten als Gegenbesuch nach Köln, Solingen und Düsseldorf fahren.

Das belgische Fußballkomitee ist mit den finnischen Arbeitersportlern in Verbindung getreten, um im Anschluß an die Deutschlandreise der Finnen diese auch in Belgien begrüßen zu können.

Die Sportvereinigung Basler Straßenbahner hat die Arbeiter-Athleten aus Baden und dem Elsaß zu einem internationalen Wettstreit im Stemmen und Ringen auf den 2. Mai nach Basel eingeladen.

Volksgesundheit Bannewitz. Donnerstag, den 15. April, abends 7,30 Uhr im Gasthof Bannewitz: Versammlung mit Vortrag. Frau Martha Krieger spricht über §§ 218 und 219, die Geißel der Frau. Gäste herzlich willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Pirna. Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Entwurf.

II. Nachtrag
zum Ortsgesetz über die kostenlose Totenbestattung in der Stadt Freital vom 10. April 1924.

1.

§ 1 erhält folgende Fassung:

„1. Die Stadtgemeinde übernimmt für alle Einwohner, die im Gemeindebezirk wohnen und Reichsdeutsche sind, im Falle ihres Todes die Ausführung der Bestattung in dem in diesem Ortsgesetz angegebenen Umfange.

2. Nehmen die Bestattungspflichtigen die Leistungen der Stadt nicht in Natur in Anspruch, so verlieren sie den in dem in diesem Ortsgesetz angegebenen Umfange.

3. Für Gemeindeangehörige, die außerhalb der Stadt verstorben und bestattet worden sind, übernimmt die Stadtgemeinde auf Antrag der Bestattungspflichtigen die Kosten bis zur Höhe des Betrages, den sie hätte aufwenden müssen, wenn der Tote in der Stadt gestorben und bestattet worden wäre."

2.

§ 4 erhält folgende Fassung:

„Erfolgt die Beisetzung oder Einäscherung eines am Orte verstorbenen Gemeindemitgliedes außerhalb der Stadt, so gewährt die Stadtgemeinde die in § 3, Ziffer 1 bis 5, näher bezeichneten Leistungen."

3.

Dieser Nachtrag tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Freital, am 26. März 1926.

Der Rat der Stadt.
Bürgermeister
1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters.

Baubeginn ohne Genehmigung.

Nach § 367, Ziffer 15 des Reichsstrafgesetzbuches wird als Bauherr oder Bauausführender mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bestraft, wer Bauten beginnen oder ausführen läßt, zu denen eine behördliche Erlaubnis gesetzlich vorgeschrieben ist.

Von dieser Vorschrift müssen wir leider künftig Gebrauch machen, nachdem wir in letzter Zeit wiederholt festgestellt haben, daß trotz aller Ermahnungen immer wieder gegen die gesetzlichen Genehmigungs-Bestimmungen verstoßen wird.

Rat der Stadt Freital, am 12. April 1926.

Freibank. Donnerstag, den 15. April, ab 8 Uhr vorm. findet Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustande auf der Freibank im Stadtteil Deuben, Feuerwehrhof, Wehrstraße, statt. Preis pro Pfund 0,50 M.

Der Rat der Stadt Freital, den 14. April 1926.

sind zu haben in allen Verteilungsstellen
des
Konsumvereins
Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder

Theater am Wasaplatz
Allabendlich 8 Uhr:
Neu einstudiert!
Robert und Bertram
oder „Die lustigen Vagabunden"
Gesangsposse in 4 Abteilungen von G. Raeder
U. a.: Auftreten des weltberühmten Hungerkünstlers Gellerabi

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Im **Liliengarten** kehre ein.
Denn dort soll's recht gemütlich sein.
Wer Aerger hat und Gram, ermannt sich
Und geht nach **Liliengasse** fünfundzwanzig

SARRASANI
Dresden-N., Carolaplatz. Tel. 17249/23842
Ab 16. April nur wenige Tage. Anläßlich des Beginnes der 25. Sarrasani-Saison, der Sarrasani-Jubiläums-Saison 1926:
Die **Revue der Welt**
300 Künstler von 4 Kontinenten
300 dressierte Tiere aller Zonen

Das Hoftheater des Mikado — 20 japan. Artisten	Der Jahrmarkt v. Peking — Chinesische Künstler
Amerika-Schau — Echte Sioux-Indianer, Cowboys, Mexikaner, Mulatten, Creolen, Brasilianer, Argentin.	Kongo-Neger — Die Wilden d. schwarzen Erdteiles
Truppe Kosaken — Ziegelördchiart, Reiter der Welt	20 Rif-kabylen, aus dem Freistaate Abd el Krims
Herrscher der Lüfte Schauspiele in der Kuppel	Die Sarrasani-Garde schöner Frauen — 60 Tänzerin aller Nation.
	Die Revue d. Tierwelt Der Inhalt einer Arche Noah

Die schönste Revue Europas
Nur 10 Tage in Dresden
Eintrittspreise nicht erhöht: 1—5 M.
Ab 16. April täglich 7,30 Uhr. Sonnabend u. Sonntag auch 3 Uhr. Sonnabend nachm. halbe Preise für groß und klein

Jung! Jung!
Genosse Martin Hänig
empfiehlt sich zur Anfertigung von
Schuhreparaturen aller Art, sowie Neuanfertigungen. Es kommt nur **bestes Material**, bei billigsten Preisen, sauberer Arbeit u. prompter Bedienung, **zur Verarbeitung.**
Mitglieder des RFB., RJMV. und des Roten Jungsturm erhalten 10% Rabatt
Dresden-A., Kl. Brüdergasse 6, IV (nicht im Laden)

Lieferung sämtlicher Modezeitungen, illustrierter Unterhaltungsblätter, Versicherungszeitschriften und Romane ins Haus
Kurt Berthold
Buch- und Zeitschriftenhandlg.
Zschachwitz-Sporbitz (Bez. Dresden)

Farben
trocken und streichfertig
Schlemmkreide
Malerleim
Sämereien
für Feld und Garten in nur wirklich guten Qualitäten empfiehlt
Alexander Hauptmann
Löwen-Drogerie
Freital-Po., gegenüber dem „Goldenen Löwen"

Wanzen mit Brut vernichtet
sicher durch Pala Wanzentod, Flasche 50 Pf.
Aesculap-Drogerie
Dresden, Wettinerplatz

Arbeiter!
Verkehrt nur bei den Inserenten der
Arbeiterstimme!

Hermann Müller, Inh. Karl Heinemann
Freital-P., Unt. Dresdner Str. 86, Tel. 313
Beerdigungsanstalt „Pietät"
Kutsch- und Lastfuhrwerk
Steinkohlen, böhmische Braunkohlen, Briketts, Koks, Holzkohlen, Brennholz

Alle Garten- und Feld-**Samen** Düngemittel
Haußwald, Pirna, am Markt

Kluge Eheleute! Alle sanit. ped.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapper.
R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-Altst., Augsburger, Ecke Jakobistraße
empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt keine echte **Kernlederfohlen**
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Anfertigung von Klemmern, Brillen
Reparaturen (während Sie warten)
Spez.: Zeiß-Punktal-Gläser
(eigene Gläserbestimmung)
Eigene Werkstatt mit Kraftbetrieb
Sämtl. Photo-Artikel
Agfa, Bayer, Mimosa, Perutz
Entwickeln und Abzüge schnellstens
Dunkelkammer steht unentgeltlich zur Verfügung
Mäßige Preise!
H. STEIN
in Jena staatl. geprüfter Optiker
Pirna, Breite Str. 31. Tel. 137
Lieferant für sämtliche Krankenkassen

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 Ecke Quergasse
Telephon Nr. 21634, 29730 und 13435
Diese Woche besonders billige und gute **Seefische**

Die Lohnabbau-Offensive

Von Karl Becker.

Die Lohnabbau-Offensive der deutschen Kapitalisten hat in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. Es zeigt sich jetzt neben der Herabdrückung der Löhne um durchschnittlich 10 bis 15 Prozent (in manchen Fällen 30—40 Prozent) auch deutlich die Tendenz der tariflichen Festlegung der Löhne auf zwei Monate bis zu einem Jahr. Das Unternehmertum nutzt also die Krise nicht nur zum Lohnabbau aus, sondern auch zur Erreichung einer größeren Langfristigkeit der Lohntarife. Besonders in entscheidenden Industriezweigen (Schwerindustrie usw.) legt das Unternehmertum größtes Gewicht auf eine langfristige Festlegung der Löhne bis zum Ende des Jahres 1926. Bedenkt man, daß diese Löhne im Herbst vorigen Jahres festgelegt wurden und daß sich also die Unternehmer auf diese Weise auf mindestens ein Jahr gegen jede Lohnerhöhung und Streiks und Aussperrungen sichern, dann ist auch dies ein großer Erfolg für sie. Hier wird die Parole verwirklicht, die die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände am Anfang der Krise herausgab: Stabilisierung der Löhne, d. h. deren Festlegung ohne Erhöhung auf lange Zeit.

Ein paar typische Fälle für diese Tendenz sind der Schiedsspruch für die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und der Abschluß für die Lohnbewegung im Baugewerbe. Für die rheinisch-westfälische Schwerindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die seit Oktober 1925 geltenden Löhne erneut festlegt, und zwar bis zum 1. Oktober 1926. Dabei stellte der Metallarbeiterverband in einem Flugblatt an Hand zahlreicher Tatsachen fest, daß in der ganzen Metallindustrie Rheinland-Westfalens in der letzten Zeit eine erhebliche Herabsetzung der Akkordsätze durchgeführt wurde. Diese Methode, unter formaler Einhaltung des Lohntarifs durch Herabsetzung der Akkordsätze den Lohn zu drücken, wird in der ganzen Großindustrie angewandt, während in den mittleren und kleineren Betrieben meist die Tariflöhne direkt herabgesetzt werden.

Im Baugewerbe ist zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen ein Abkommen abgeschlossen, das Weiterzahlung der bisherigen Löhne zentral (aber unverbindlich für die Bezirke) verspricht und ein zentrales Schiedsgericht einsetzt, dessen Entscheidungen bei bezirklichen Streitfällen unter Ausschluß von Kampfmaßnahmen endgültig sind. „Die Parteien haben sich verpflichtet, während der Dauer des bis zum 28. Februar 1927 (!) geltenden Abkommens in allen durch das Abkommen geregelten Fragen Kampfmaßnahmen zu unterlassen. Die Bauarbeiterverbände haben jedoch das Recht, bis zum 1. September gemeinsam zu erklären, daß sie eine Verlängerung des Abkommens über den 30. September 1926 nicht wünschen." Damit wurde **auf jeden Kampf um Lohnerhöhungen oder auch gegen Lohnherabsetzungen mindestens bis zum 1. Oktober, also für die Zeit der Konjunktur im Baugewerbe verzichtet.**

In allen Fällen ist die Entscheidung des zentralen Schiedsgerichts endgültig, auch wenn es für einzelne Bezirke auf Lohnherabsetzung entscheidet, wozu es das Recht hat. Im Rheinland, in Franken und allen anderen Bezirken haben die Bauunternehmer Verhandlungen zur Herabsetzung der Löhne eingeleitet, und das zentrale Schiedsgericht hat sich bereits für Lohnherabsetzung entschieden. Bedenkt man, daß das Baugewerbe der Industriezweig ist, in dem noch am ehesten und stärksten eine Konjunktur erwartet werden kann, so kennzeichnet dieser Tarifabschluß am krassesten die Situation und die Haltung der Gewerkschaftsführer.

Ein anderes Beispiel für diese Entwicklung ist ein Lohnabkommen in der sächsischen Papierindustrie, wodurch die bisherigen Löhne bis zum 31. Dezember d. J. als unkündbar festgelegt wurden.

„Dezentralisierung der Lohnfestsetzungen" ist eine weitere Parole des Unternehmertums, die besonders für solche Industrien gilt, in denen Klein- und Mittelbetriebe eine größere Rolle spielen. Hierfür kommen z. B. in Frage die Holzindustrie, die Bauindustrie in vielen Wirtschaftsgebieten, die Textilindustrie usw. Das Ziel für die Unternehmer ist die Ermöglichung von Lohnsenkungen in einzelnen Betrieben. So scheiterten die zentralen Verhandlungen in der Holzindustrie, weil die Gewerkschaften eine Lohnherabsetzung nicht anerkennen wollen. Die Unternehmer nützen den tariflosen Zustand aus und stoßen jetzt in den einzelnen Betrieben und Wirtschaftsgebieten vor. Ein typischer Schiedsspruch für diese Tendenz wurde für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällt. Dieser Schiedsspruch setzt die bisherigen Löhne erneut fest, läßt jedoch Lohnherabsetzungen für einzelne Werke zu, „wenn die Untragbarkeit nachgewiesen wird". Damit haben die Unternehmer die Möglichkeit, wenn es ihnen paßt, die Löhne abzubauen.

Schiedssprüche geben die Lohnherabsetzungen in Verbindung mit Arbeitszeitverlängerungen weiter. So zählt der Textilarbeiterverband in einem Flugblatte allein aus der sächsischen Textilindustrie ein Dutzend solcher Fälle auf, in denen 10 bis 60 Proz. Lohnherabsetzungen verlangt und in einzelnen Fällen auch Lohnherabsetzungen von 10 bis 20 Prozent durchgesetzt wurden.

Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden zeigt, daß sie entsprechend den Wünschen des Unternehmertums ihre Entscheidungen treffen.

Das wichtigste und gefährlichste für die Arbeiterschaft ist dabei die Haltung **der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.** Der Verlauf der Dinge **im Baugewerbe, bei den Eisenbahnern, in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie usw. zeigt, daß sich die Führer des ADGB. darauf eingestellt haben,** für das ganze Jahr 1926 von vornherein auf jeden größeren Kampf zu verzichten. Sie sind bewußt gegen einen Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive. Von irgendeiner Vorbereitung ernsthafter Abwehrkämpfe, wie z. B. Verbindung der Bewegungen in lebenswichtigen Industrien zu ernsten Kämpfen ist nach wie vor keine Spur vorhanden. Im Gegenteil, selbst im Baugewerbe hat man laut Vereinbarungen mit den Unternehmern auf ein Jahr auf jeden Kampf verzichtet. Die Gewerkschaftsführer beschränken sich nach wie vor darauf, bei den Lohnverhandlungen Schiedssprüche oder Vereinbarungen zustande zu bringen, die die bisherigen Löhne erneut tariflich festlegen, also tariflich keine Lohnerhöhungen bringen. Sie schlucken dabei auch die große Langfristigkeit und strengste Bindung. Sie unternehmen nichts gegen die Lohnherabsetzungen in den Betrieben.

Stärker denn je in den letzten Jahren tritt der Verzicht auf jeden ernsthaften Kampf bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern in Erscheinung. Die Ergänzung hierzu ist die in der wirtschaftlichen Denkschrift des ADGB. niedergelegte Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftspolitik (der kapitalistischen Rationalisierung), die zu einer wirtschaftsfriedlichen Einstellung, zur Aufgabe des Klassenkampfes führen muß. Hieraus ergeben sich **die größten Gefahren sowohl für den Existenzkampf der Arbeiterklasse** (siehe Baugewerbe usw.) **als auch für die Arbeiterbewegung im allgemeinen.**

Die geschilderte Entwicklung der Dinge, die sich in allen Industriezweigen abspielt, **muß von der klassenbewußten Arbeiterschaft zum Anlaß genommen werden, um gründlich zur Taktik der Gewerkschaften Stellung zu nehmen.**

Die Taktik der Gewerkschaften festzustellen, darf nicht das alleinige Recht der Gewerkschaftsführer bleiben. Alle Gewerkschafter müssen dazu Stellung nehmen und ihren Willen zur Durchführung einer revolutionären Gewerkschaftstaktik durchsetzen. Nicht Kapitulation vor den Unternehmern mit fortschreitender Verelendung des Proletariats, sondern Einsetzung der ganzen Macht der Gewerkschaften durch Verbindung und gemeinsame Durchführung großer Bewegungen der entscheidenden wichtigsten Industriezweige gegen die Unternehmeroffensive!

Gewerkschaften und Sachsenfrage

Die 23 rechten Kleber im Sächsischen Landtag haben nunmehr ihren Konflikt in die Gewerkschaften getragen. Da sie fast alle leitende Funktionäre der sächsischen Verbände sind, haben sie den Gewerkschaftsapparat in ihren Dienst gestellt und benützen die sächsische Gewerkschaftspresse ungeniert als ihr Sprachrohr. Damit haben sie auch formell den Parteikonflikt in der sächsischen SPD. zu einer Angelegenheit aller Arbeiter gemacht, bilden doch die organisierten SPD.-Leute in den Gewerkschaften nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit und die Presse sowie der ganze Apparat der freigewerkschaftlichen Bewegung wird ebenso von kommunistischen Arbeiter wie von der großen Mehrheit der Parteilosen unterhalten.

Aber noch in anderer Weise berührt das Hineinziehen der sächsischen Gewerkschaften in den Parteikonflikt der sächsischen Sozialdemokratie die Interessen der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Jene 23 Ultrarechten, die eben in Sachsen so lebhafte Beweise ihrer „demokratischen" Gesinnung und ihrer „Klebekraft" gaben, sind auch die Vertreter jener Gewerkschaftspolitik, die lieber heute als morgen die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern wieder aufrichten möchten. Jene 23 sind geradezu mustergültige Repräsentanten der gewerkschaftlichen Auffassungen, die alles Heil von der wiederkehrenden „Vernunft" der Unternehmer oder der „Hilfe" Amerikas oder der Wirtschaftsdemokratie oder sonst woher erwarten, aber nichts rein gar nichts von der eigenen Kraft der Arbeiterklasse. Jene Gewerkschaftsrichtung, die den heftigsten Widerstand leistet gegen jeden Einsatz der proletarischen Klassenkräfte im Wirtschaftskampf und die lieber 1000 Niederlagen einsteckt, als daß sie die Bildung einer Arbeiter-Klassenfront duldet, sie hat ihre typischen sächsischen Vertreter in den 23 Rechten.

Erst dann wird aber aus der Opposition der sächsischen Arbeitermassen gegen diese Führer ein Kampf für die Einheitsfront der proletarischen Kräfte werden, wenn der reformistischen Gewerkschaftspolitik, die diese 23 vertreten, eine Gewerkschaftspolitik des Klassenkampfes gegenübergestellt wird. Nicht Zersplitterung, sondern Zusammenfassung der Wirtschaftsverhandlungen — und Kämpfe über Bezirke und das ganze Reich, kampfbereite Gewerkschaftsbündnisse, Schaffung einer Einheitsfront, Mobilisierung der breiten Massen zum Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive. Konzentration der proletarischen Klassenkräfte gegen das vereinte, planmäßig operierende Unternehmertum, das sind die Losungen um die es geht, die Arbeiterschaft zu sammeln.

Zunächst in den sächsischen Gewerkschaften müssen diese Fragen aufgerollt werden, hat doch die sächsische Arbeiterschaft am eigenen Leibe erfahren, wie viel stärker die reformistischen Gewerkschaftspolitiker mit der Bourgeoisie verbunden sind als mit der Arbeiterschaft. Aber darüber hinaus muß das sächsische Beispiel allen Arbeitern die Augen öffnen über die wahre Natur der reformistischen Politik. Es muß ihnen zeigen, daß dort, wo die Arbeiter die Frage des Klassenkampfes ernsthaft stellen, auch heute noch genau wie 1919 die Vertreter dieser Politik sofort in den heftigsten Gegensatz zu den proletarischen Massen geraten und daß sie sich mit dem Ausbeutertum gegen diese Massen verbinden.

Ganz gegen ihren Willen erteilen so die sächsischen 23 der deutschen Arbeiterschaft eine Lehre, die für die Herausbildung einer proletarischen Einheitsfront von größtem Nutzen sein wird, wenn es uns gelingt, sie allen Arbeitern zugänglich zu machen.

Unternehmeroffensive gegen die Sonntagsruhe

Der Versuch des deutschen Unternehmertums, sich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten einen Ausweg aus der Krise zu bahnen, nimmt immer bedrohlichere Formen an. Nicht nur, daß für weite Teile der Arbeiterklasse Lohnabbau und Ueberarbeit schon längst zu einer Tatsache geworden sind, richtet sich jetzt der Ausbeuterangriff sogar **gegen die Sonntagsruhe** und zwar zunächst der Angestellten.

Die berühmten deutschen Ordnungszellen Bayern und Württemberg gaben das Signal zum Sturm, indem sie schon vor einiger Zeit kurzerhand die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe abschafften. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat nunmehr den „streng vertraulichen" Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ausgearbeitet, der praktisch auf eine Beseitigung der Sonntagsruhe für die gesamten deutschen Handelsangestellten hinausläuft.

Die bürgerlichen Parteien begrüßen diesen Vorstoß mit Freuden, und die „Wirtschaftliche Vereinigung" hat von sich aus einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die Angestellten im Handelsgewerbe zu einer **Mindestleistung von vier Stunden Sonntagsarbeit verpflichtet.**

Ohne Zweifel ist dieser Versuch nur das Vorspiel eines groß angelegten Unternehmerfeldzuges, um breiten Arbeiterschichten auch noch die Sonntagsruhe zu rauben. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, sofort die Massen in den Verbänden und Betrieben gegen diese drohende Gefahr zu mobilisieren, um noch in letzter Minute den Anschlag abzuwehren.

Gewerkschaftliches

Achtung Schuhmacher! Wahlen zum Verbandstag

In der Zeit vom 18. bis 25. April finden die Wahlen zum Verbandstag der Schuhmacher statt. Im 18. Wahlkreis (Sachsen und Schlesien) **konzentrieren alle oppositionellen Schuhmacher ihre Stimmen auf die vier Kandidaten der Opposition:**

Karl Meier, Chemnitz,
Max Pech, Ehrenfriedersdorf,
Alfons Weigel, Seifhennersdorf
Josef Kaulwork, Löbau.

Genossen, sorgt für restlose Beteiligung **jedes oppositionellen** Gewerkschaftskollegen an der Verbandstagswahl! **Holt den letzten** Säumigen heran!

Oppositionelle Fabrikarbeiter. Freitag den 16. April, abends 7 Uhr Quartalsversammlung im Dresdner Volkshaus. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Verbandsangelegenheiten.

Versicherungsvertreter des Plauenschen Grundes. Am Donnerstag den 15. April, abends 7 Uhr findet in Freital, Döhlener Hof, kleiner Saal, eine wichtige Versammlung aller Versicherungsvertreter statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Rechtsbeziehungen zwischen der Kranken- und Unfallversicherung, Ref.: Kollege Papperitz; 2. Versicherungsangelegenheiten. Da in dieser Versammlung die neuen Bestimmungen über das Verhältnis zwischen den Krankenkassen und den Berufsgenossenschaften behandelt werden, ist das Erscheinen aller Versicherungsvertreter unbedingt erforderlich.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Lina

Erzählung aus dem Leben eines Dienstmädchens
Von Hermynia Zur Mühlen

(9. Fortsetzung.)

„Das ist nun einmal so," sagte die dicke Köchin, als Lina ihre Gedanken aussprach. „Es hat immer Arme und Reiche gegeben, wird immer so sein. Wer sollte denn die schönen Sachen kaufen, wenn es keine Reichen gibt?"

„Die," behauptete Lina kühn.

„Wer wird uns zahlen, wenn es keine Reichen gibt?" fragte die Köchin.

„Der Staat," entgegnete Lina mit einer verworrenen Erinnerung an Fräulein Yvettes Lehren.

„Laß mich in Ruh mit deinem Staat, der Staat ist etwas, der von uns Steuern verlangt, und uns nichts gibt," erklärte die dicke Köchin.

Lina war mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden, aber sie fand selbst keine bessere; außerdem interessierten sie augenblicklich die Kleider mehr.

Jeden Vormittag um halb zwölf Uhr kam Emil Eilers, der Friseurgehilfe, um die gnädige Frau zu frisieren.

Emil Eilers war ein „feiner Mann", nicht nur sein Haar, sondern auch sein Schnurrbart war gekräuselt, die Hände waren weiß und gepflegt, der ganze Mensch duftete nach Veilchen und Rosen. Und sein Lächeln war glatt und süß und flüssig, als käme es aus einer Tube.

Herr Emil Eilers hatte zwei Leidenschaften: das Vorwärtskommen und die Frauen. Der ersteren gehörten täglich, stündlich alle seine Gedanken; er machte keine einzige Bewegung, sprach kein einziges Wort, das nicht mit diesem Ziel im Einklang gestanden hätte. Er hatte es auch schon so weit gebracht, daß ihn die Eltern und Geschwister nicht mehr „belästigten". Er dachte nicht gerne an seine Familie; kann man denn mit einem Vater Staat machen, der Kanalräumer ist, mit Geschwistern, die in der Fabrik arbeiten? Diese peinlichen Verwandten lebten in der gleichen Stadt; aber sie sahen den Sohn nie, und nur die Mutter dachte bisweilen seufzend und dennoch stolz von „unserem Emil, der an so feiner Herr geworden ist." Sprach Emil dennoch einmal im Kreise von Freunden über seine Familie, so erklärte er mit einem geheimnisvollen Lächeln: „Ja, meine Mutter war ein schlichtes Kind des Volkes, aber wunderschön, und da war ein Graf, ein Kavallerieoffizier, na, ihr wißt ja ...." Und er zwirbelte den braunen Schnurrbart und versuchte militärisch dreinzuschauen.

Kein Bankdirektor, kein Junker, kein „adeliger" Generaldirektor konnte für das „Volk" und die „Arbeiter" eine größere Verachtung hegen, als Herr Emil Eilers. Sagte er das Wort „Proleten", so spukte er es gleichsam aus, als könne er es nicht eine Sekunde länger in seinem gepflegten, nach Odol duftenden Munde länger dulden.

Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß Herr Emil Eilers es verstand, sich beliebt zu machen, nämlich bei jenen Leuten, die ihm nützen konnten. Die hochmütigsten Kundinnen des Friseursalons Müller u. Blum tauten auf, wenn er ihnen über ihr herrliches Haar Komplimente machte und im Flüsterton die Toilettengeheimnisse ihrer Freundinnen verriet; sie wollten sich alle von „dem netten, wohlerzogenen, jungen Mann" bedienen lassen, und Emil steckte an einem einzigen Tag so viel Trinkgelder ein, wie der trübselige alte Gehilfe Wagner in einer Woche.

Und dieser feine Herr hatte sich in Lina verliebt! Eigentlich kann man nicht „verliebt" sagen, denn Emil Eilers bewunderte zwar das schöne Mädchen aufrichtig, doch verlieh er diesem Gefühl erst Worte, als er erfahren hatte, wie hoch ihr Lohn sei. Er dachte nämlich daran, sich selbständig zu machen, und in einen Friseurladen gehört, ebenso wie in Kleidergeschäfte, eine schöne Frau. Glaubt doch jedes häßliche fette Bürgerweib mit unerschütterlichem Glauben, es werde, von der Meisterhand des Friseurs behandelt, oder in das duftige neue Kleid gehüllt, ebenso entzückend aussehen, wie die achtzehnjährige Verkäuferin, die die neue Frisur vorführt, oder das Kleid an ihrem eigenen jungen Körper zeigt.

Lina konnte nicht umhin, geschmeichelt zu sein, wenn ihr Emil beteuerte, sie sehe so „vornehm" aus, ganz wie eine Dame. Sie war nur vierundzwanzig Jahre alt, ein schönes, starkes, gesundes Mädchen, das nach Liebe und Umarmungen hungerte. Alle zurückgedrängten Gefühle, alle Liebe und Zärtlichkeit, deren sie fähig war, schenkte sie dem Friseurgehilfen. Sie sah nur noch mit seinen Augen, hörte nur noch mit seinen Ohren, dachte nur noch mit seinen Gedanken. Ja, er hatte recht: man muß vorwärts kommen, um jeden Preis, muß selbst reich werden, eine Herrschaft. Was gehen einen die anderen an? In dieser schlechten Welt muß jeder nur an sich selbst denken.

Lina sandte von nun an, allen Klagebriefen der Mutter zum Trotz, nur mehr die eine Hälfte des Lohnes heim, die andere übergab sie Emil „für unser Geschäft".

Die dicke Köchin warnte sie: „Der hält Sie ja doch nur zum Narren, der Liederjahn. Wenn er eine Reichere findet, läßt er Sie sitzen. Und Ihr Geld kriegen Sie auch nicht wieder."

Aber was fruchten Worte der Weisheit bei einem verliebten Mädchen?

Etwa fünf Monate ging alles gut, und Lina schwamm in Glück. An Sonntagen ging sie mit Emil spazieren; es fiel ihr in ihrer Unschuld nie auf, daß er immer seine Geldbörse vergessen hatte, und sie, wenn sie einkehrten, die Zeche bezahlen ließ. Auch am Abend kam er bisweilen, plauderte im Hofe mit ihr. Und eines Tages — o herrlicher, seliger Tag! — brachte er ihr einen Ring mit einem blauen Stein, steckte ihn ihr an den Finger und nannte sie seine „liebe Braut". Er schien zu glauben, daß die Rechte des Bräutigams denen des Ehegatten gleichkommen, aber Lina, trotz allem noch die Lehren der Mutter im Ohr, war anderer Ansicht. Nun war es September; im Januar wollte Emil sein Geschäft eröffnen, dann würden sie heiraten; man konnte demnach ruhig noch ein wenig warten.

Aber es war, als kühlten die kalten Herbststürme, die stöhnend über die kahlen Bäume dahinfegten, auch Emils Liebesglut. Er wurde merklich kühler, fand mit einemmal allerlei an Lina auszusetzen, an ihrer Kleidung, ihrem Schuhwerk, ihrer Sprache, plötzlich war ihm nichts fein genug. Es kamen trostlose Sonntage, da Lina, den Hut auf dem Kopf, die Handschuhe an den Händen, von drei Uhr nachmittags an bis sieben vergeblich auf den tänzelnden Schritt, der Emils Kommen verkündete, wartete. Sie trat vors Haus, spähte nach allen Seiten, schritt die Straße entlang, die er kommen mußte, hastete dann atemlos zurück, denn vielleicht hatte er heute einen anderen Weg eingeschlagen, wartete daheim schon auf sie. Aber die Küche war leer; Lina stieg abermals die Treppen hinunter, schritt in dem kleinen Vorgarten auf und ab.

Zwei Menschen kamen vorüber: die blonde Kati vom Rechtsanwalt gegenüber, und der junge Elektriker, der auch im Hause von Linas Herrschaft gearbeitet hatte. Sie blieben vor Lina stehen. „Komm mit uns, wir fahren nach Homburg hinaus," sagte das freundliche, blonde Mädchen, Linas trauriges Gesicht bemerkend. Die beiden waren ganz einfach gekleidet, ja Paul Schneider trug nicht einmal einen Hut. Daß sich die Kati nicht schämte, so mit ihm zu gehen! Wenn Emil das sähe! Ohne es zu wissen, machte Lina ein hochmütiges Gesicht und sagte kurz: „Danke, ich kann nicht. Ich habe eine Verabredung."

(Fortsetzung folgt.)

C Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte in dem Verbreitungsbezirk Dresden C

COSWIG

Johannes Heyn
Spezialgeschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung

Roßschlächterei Alfred Bauer

Schuhreparatur in 1 Tag
Schuhmacherartikel und Kautschukabsätze
Coswiger Lederhandlung
Max Richter, Dresdner Straße 36

Molkerei Berger

DORA PANIG
Konfektion und Wäsche
Kurfürstenstraße 9

Anton Senger
Kaffee — Kolonialwaren
Spirituosen
Dresdner Str. 26 — Dresdner Str. 34

ADLER-DROGERIE
Coswig, Bez. Dresden
Drogen, Farben, Sämereien

WEINBÖHLA

Zigarrenhaus Max Böhrisch
Gebirgsgekelterte Qualitäts-Fruchtweine, Spez. schwarze Johannisbeere und Stachelbeere

Paul Zahn
Lebensmittel
Hauptstraße 56

Lebensmittel-Geschäft
Hans Lucas, Kaiserstraße 8a

August Reinhold
Herrenartikel, Zeitungen, Galanterie, Strumpfwaren, Wäsche

Modehaus zum Pfau
Fachgeschäft für Herren-, Damen- sowie Kinder-Konfektion

RADEBEUL

Oswin Händel
Schuhwaren, Reparaturen

Radebeuler Handelsgesellschaft
m. b. H. (Raiffeisen)
Roggen- und Weizenmehle
Futtermittel aller Art

DIPPOLDISWALDE

Otto Schmidt
Fahrräder, Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt

Sporthaus
August Leissner
Bekleidung, Sportartikel

Kurt Schreiber
Fleisch- und Wurstwaren

HAINSBERG

Kolonialwaren
Spirituosen — Weine
Paul Heinlein

Schuhwarenhaus
und Reparaturwerkstatt
F. Kreißner

Walther Franz
Haus- und Küchengeräte

KÖNIGSTEIN

Konfektion, Schuhwaren, Möbel in bequemen Ratenzahlungen
Hitzschmann
Am Bahnhof — Am Bahnhof

Hermann Hofmann
Fisch-, Delikatessen- und Konserven-Handlung

NEU-SORNEWITZ

Max Richter
Kolonialwaren, Spirituosen, sämtliche Haus- und Küchengeräte

BERGGIESSHÜBEL

Otto Mautsch
Hut- u. Mützenlager, Manufakturwaren

SCHMIEDEBERG

Bruno Herrmann
Chemikalien, Farben, Drogen
Kolonialwaren

Otto König
Textilwaren
Konfektion

Curt Auzel
Schuhwaren-Lager und Reparatur-Werkstatt

Molkerei- und Produktengeschäft
Arthur Henker

LAUBEGAST

Lina Schneider
Hauptstraße 25
Webwaren / Wollwaren / Wäsche und Kurzwaren
Bekannte reelle und billige Bezugsquelle

Möbel stets nur bei Eberhardt Neugasse 24

Lebensmittelhaus
Burgstraße 23
empfiehlt
Rauchfleisch-, Salzier-Abteilung, sowie alle anderen Fleisch-, Wurst- und Kolonialwaren

Hugo Dietrich
Leder-Handlung
Gerbergasse 15

Garderoben- u. Wäsche-Spezialität
Marie Schuster
Kaiserstraße 21, I.

Richard Rüdiger
Kolonialwaren, Spirituosen
Tabak, Zigarren

Musikhaus Gustav Häßler
Martinstraße 1
empfiehlt
Musikinstrumente aller Art
Saiten — Musikalien

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabak, Zigarren
Rudolf Thieme
Neugasse 27

Emil Glück Nachf.
Albin Glöckner
Kolonialwaren, Spirituosen

H. Augustat, Meißen-R.
Zscheilaer Straße 4
Seilen- u. Lederwaren-Haus

MEISSATAL

Café Heyele
Bäckerei, Konditorei, Weinschank
Angenehme Aufenthaltsräume

Max Minner
Kolonialwaren
Tabak — Spirituosen

PALAST-THEATER

Vornehmste und schönste Lichtbildbühne der Lößnitz. Täglich Vorstell.
Anfang: Wochentags 8 Uhr
Sonntags 5½ und 8½ Uhr

Bäckerei Kurt Büchner
Hauptstraße 30
empfiehlt sämtliche Backwaren

Paul Naumann
Papier- und Schreibwaren aller Art, Mode- und Hochzeitszeitungen
Gartenstraße 28

Kinderwagen, Korb-, Besen, Bürstenwaren, Spielwaren empfiehlt preiswert
Oskar Zierschang, Meißner Str. 91

Optiker R. Winkler
Bahnhofstraße 11
Spezial-Abteilung für
RADIO und PHOTOGRAPHIE

Fluß- u. Seefisch-Spezialgeschäft
Otto Müller
Rennerbergstraße 8

Julius Töpper, Uhrmacher
Moritzburger Straße 3
— — Stand-, Wand-, Taschenuhren — —

Molkerei D. Müller
Milch, Butter, Eier, Käse usw.
Lieferung frei Haus durch unseren Ausfahrer

BISCHOFSWERDA

Paul Hummel
Altmarkt
Schuhwaren-Haus
Eigene Reparatur-Anstalt

Gebr. Biesold, Ing.
Motorräder
Fahrräder, Rundfunkgeräte
Eigene Reparaturwerkstatt

SEBNITZ

Schuhhaus Hermann Dörr
Reparaturanstalt

Arthur Egert
Fahrräder, Näh- u. Waschmaschinen, Reparatur-Werkstätte
Alle Ersatzteile

Trinkt Schwerter-Pilsner

Herrenbekleidung
R. Lewandowski
Baderberg 5 — Baderberg 5

Central-Drogerie
Photo-Handlung
B. Knauth Nachflg.

W. Schuster, Görnische Gasse 4
Schuhwaren aller Art
Herren-, Knaben- und Leder-Damen-Hohlschuhe, Schaftstiefel u. Filzwaren

Kaffee-Rösterei
Richard Weber
Meißen, Hanemannsplatz 2

Schweizerhaus Meißen
Vereinszimmer, Gesellschaftssaal, Kegelbahn

Richard Bennewitz Nachf.
A. BENNEWITZ
Drogen — Sämereien
Fabrikstraße 2

Gümmigasse
Zigarren
5b — 5b

Alpina-Uhren
Fritz Hoche
Elbstraße 15 — Elbstraße 15

Siegfried Heinemann
Putz-, Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren

KOTZSCHENBRODA

Richard Tschirschwitz
Spedition u. Möbeltransport
Kohlen- und Fuhrgeschäft
Hauptstraße 69/70 — Telephon 442

Marie Hennl
TRICK-, LEIB-, BETTWÄSCHE
WOLLWAREN
Neue Straße 20

Georg Freie, Bäckerei
Röthar Straße 8
Täglich zweimal frisches Backgebäck

Hermann Quasdorf
SCHNITT-, WOLLWAREN, BETTFEDERN
SCHÜRZE, TURN- und SPORTKLEIDUNG
Hauptstraße 11

R. Grosse's Restaurant
Bestgepflegte Biere

ZIGARRENHAUS
Oswald Schöttner

Schuhhaus Zittmann
Bahnhofstraße 8a
(Am Bahnhof)

ZITSCHEWIG

CENTRAL-MOLKEREI
WOLDEMAR EICHLER
Rötzschenbroda, Bahnhofstraße 5 — Zitschewig, Meißner Straße 230

HÜTTEN

Gasthof zum Bielatal
Radfahrerstation
Großer Tanzsaal für Vereine

COSWIG

Nähmaschinen, Fahrräder
Reparaturwerkstatt
OTTO GRABS
Neugasse, Ecke Nicolaistag

Kaufhaus Schocken
Vorteilhafteste Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Emil Dietrich Nachf.
Kurt Schulze, Schuhmachermeister
Meißen, Burgstraße 5
Schuhwaren aller Art
eigene Reparaturwerkstatt

Cl. Plau, Inh. E. Schmidt
Kolonialwaren / Spirituosen

Molkerei Meißen
e. G. m. b. H.
Robert-Kurtz-Straße 7

Schuhwaren aller Art im
Schuhhaus „Afrana"
Heinrichsgasse 10

P. Fiedler
Kleinmarkt

TRIEBISCHTAL

Königs Restauration
Leipziger Straße

Elektrische Anlagen jeder Art
Alfred Hirsch
Talstraße 7b

Hüte, Mützen, Filzwaren, Herrenartikel
Albin Groß

Zigarrenhaus Schubert
Talstraße 28
en gros — en detail

WALTER RICHTER
Meißen-Triebischtal, Schützenstraße 5
Kolonialwaren

Wäschefabrik
Paul Hein, Hohe Straße 7

W. BECKER
HERREN- und DAMEN-BEKLEIDUNG
Größtes Geschäft am Platze und Umg.
Bahnhofstraße 12b

Lebensmittelhaus Helbach
Lößnitzstraße 2

Germania-Drogerie
A. Steinbeck
Bahnhofstraße 12

Linoleum, Wachstuch, Läuferstoffe, Bettvorleger, Gummiwaren
Hermann Schackert
Bahnhofstraße 8a

Hermann Lehnert, Bahnhofstr. 12
KOLONIALWAREN, ZIGARREN, ZIGARETTEN, WEINE
Spezialität: Gerösteter Kaffee

F. Neugebauer Nachf., nur Lange Str. 3
Solide Schuhwaren aller Art

Leschke's Mastochsenschlächterei und Wurstfabrik
Felix Leschke, Moritzburger Straße 17

KÖNIGSBRÜCK

Otto Hummel
Fahrräder, Nähmaschinen
Sämtl. elektr. Installations-Artik.

Max Frenzel
Kolonialwaren, Farben, Lacke, Pinsel
Weißbacher Straße 32

LEUBEN

Leubener Molkerei
A. Roth, Bahnhofstraße 23
Täglich frische Milch, Butter und alle Molkereiprodukte

Weiß- u. Feinbäckerei
August Roeßler
Gellertstraße 33 / Telephon Niedersedlitz 2015

Warenhaus Kurt Heinze
Dresden-Leuben — Bahnhofstraße 16
Erstes und ältestes Geschäft am Platze
Reichhaltige und gut sortierte Lager

GROSS- und KLEIN-ZSCHACHWITZ

Alfred Helm, Fleischermst.
empfiehlt
feine Fleisch- und Wurstwaren

Gasthof Groß-Zschachwitz
ARNO ALSCHNER

Zschachwitzer Mühle
empfiehlt
gutes Brot und Backwaren, sowie f. Mehl- und Futtermittel

LEBENSMITTELHAUS
Arthur Prasser
Pirnaische Straße 15

Modewarenhaus M. Walter
Inh. Georg Oestreicher

HEIDENAU I und II

Molkerei Kempe
Bismarck-, Albert-, Dohnaische Straße
Tägl. frische Milch, Sahne, Butter und sämtliche Molkereiprodukte

Bernhard Wünsche
Fahrräder / Nähmaschinen
Große Reparatur-Werkstatt

Paul Leupold
Galanterie- und Kurzwaren, Haus- und Küchengeräte
Dresdner Straße 8 / Telephon 2340

Herren-, Damen- und Kinderbekleidung
Sport- und Arbeitsgarderobe
Modehaus Ehlig
Bahnhofstraße 10

Bäckerei, Konditorei, Café
Täglich frische Waren aller Art
Geöffnet bis 1 Uhr nachts
Ewald Genak u. Frau, Pirnaische Str. 66

Ölsardinen, Fischwaren, Gemüse- und Gemüse-Konserven, Kartoffeln
kauft man gut und billig bei
Robert Irmscher, Heidenau
Mühlenstraße 5 — Telephon 866

RABENAU

Stadt-Drogerie A. Heinisch
Drogen / Farben / Sämereien

Kolonialwaren, Spirituosen
Haus- und Küchengeräte
Martin Claus

Paul Kleber
Fahrräder und Nähmaschinen
Elektr. Anlagen, Reparaturen

Lebensmittelhaus Alfred Gärtner

LANGEBRÜCK

Otto Kieback, Schuhwaren
Maß- und Reparatur-Arbeiten

RESERVIERT

Ernst Jurk
Lebensmittel, Drogen, Farben

Max Hildebrandt
Fahrräder / Nähmaschinen / Reparaturwerkstatt

BAD SCHANDAU

Max Riedel
Schuhwaren und Reparaturen

DOHNA

Gasthaus
„Zum Deutschen Schützen"
empfiehlt seine Lokalitäten
Radfahrerstation

Otto Trobisch, Fleischermstr.
Fleischwaren zu konkurrenzlosen Preisen

OBER-ODERWITZ

Emil Jähne
Kolonialwaren / Weine / Drogen
Kaffee-Großrösterei

Drogen — Farben — Chemikalien — Kolonialwaren
Karl Gustav Glathe

Manufaktur- und Modewaren
Damen- und Kinderkonfektion
Kurt Thomas
Ober-Oderwitz 69